

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustriertem Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen oder deren Raum 40 Pfg., für Bericht- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Kreuzsprecher: Amt I, Nr. 1006.
Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuhof-Straße 2.

Dienstag, den 26. Oktober 1897.

Expedition: SW. 19, Neuhof-Straße 3.

Die Gewerbe-Aufsicht im Deutschen Reich.

Einige Wochen früher als sonst, aber immerhin noch spät genug erschienen vor kurzem die „Amtlichen Mitteilungen aus den Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten“ für 1896, zusammenge stellt im Reichsamt des Innern aus den Einzelberichten, die in den 26 deutschen Vaterländern erstattet werden.

Jahr für Jahr müssen wir nun, sowohl bei Besprechung der Einzelberichte wie der Reichsübersicht darauf hinweisen, daß die Gewerbe-Aufsicht in Deutschland schon aus dem Grunde unzureichend sein muß, weil viel zu wenig Beamte angestellt sind.

Sehen wir zunächst einmal davon ab, ob die Beamten ihrer Aufgabe gewachsen sind und wie sie sich zur Arbeiterschaft stellen — zunächst müßte doch eine genügende Anzahl von Beamten vorhanden sein, wenn die Gewerbe-Aufsicht und das Arbeiterschutz-Gesetz nicht nur ein leeres Schaulustspiel sein soll.

Während aber für den Militarismus Jahr für Jahr hunderte von Millionen geopfert werden, sind für solche Kulturaufgaben wie der Arbeiterschutz nur ganz winzige Beträge übrig. Ja, um zu sparen, belastet man die Aufsichtsbeamten meist noch mit der Kesselrevision, weil diese vom Unternehmer bezahlt wird, dadurch also Einnahmen geschaffen werden.

Seit 1. April 1897 hat man in Preußen die Beamten von der Kesselprüfung der in landwirthschaftlichen Betrieben benutzten Dampfkessel und der Schiffskessel wieder befreit und diese Prüfung den Ingenieuren des Verbandes der preussischen Dampfkessel-Überwachungsvereine übertragen.

Warum geschieht dies nicht auch mit den gewerblichen Dampfkesseln? Daß der Staat zu den Ingenieuren jener Vereine volles Vertrauen besitzt, beweist er durch Ueberweisung der landwirthschaftlichen und Schiffskessel. Warum überträgt er ihnen nicht die gesamte Kesselrevision? Die Aufsichtsbeamten haben wiederholt geklagt, daß ihnen dieselbe hindernd im Wege ist. Nachdem Herr von Böttcher im Reichstage erklärte, er halte die von ihm eingeführte Neuordnung für nützlich, versummten freilich die Klagen der preussischen Beamten fast gänzlich.

Aber die Thatsache blieb bestehen und gab sich in den Resultaten der Revisionen kund.

Dazu kommt dann noch eine außerordentliche Belastung der Beamten mit Bureau-Arbeiten, die stetig wachsen und, wie u. a. der Hamburger Bericht sagt, „die Revisionsfähigkeit mehr und mehr einschränken“.

Die Folge ist, daß durch die Gewerbe-Aufsicht im Jahre 1896 von den 229 843 Anlagen, die im Deutschen Reich der Revision unterliegen, nur 71 107, das sind 31 Prozent, revidirt wurden.

Daß diese Ziffer bekannt wird, ist eine anerkennenswerthe Neuernung, die der Reichsbericht bringt. Bisher hatten nur Sachsen, Baden, Bayern und Württemberg angegeben, wie viel Anlagen der Revision unterstehen; Preußen verschwieg dies. Noch in dem diesjährigen preussischen Bericht fehlte diese Angabe.

Jahr für Jahr wurde von unserer Seite in der Presse wie im Parlament diese Schweigsamkeit gegeißelt, die wie Zucht vor dem Bekanntwerden der kläglichen Verhältnisse aussah.

Endlich hat der Reichsbericht mit dieser Geheimthuererei aufgeräumt und nicht nur mitgetheilt, wie viel Anlagen revidirt wurden, sondern wie viel hätten revidirt werden müssen! Das Resultat ist so kläglich, wie wir es vorausgesagt hatten. Dabei beträgt die Zahl der jetzt der Revision unterstehenden Anlagen nur ein Viertel von denen, die zu revidiren wären, wenn die Gewerbe-Novelle von 1891 voll in Kraft stände. Denn als 1892 in Preußen eine Neuordnung der Gewerbe-Aufsicht vorgenommen wurde, machte die preussische Regierung in einer dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Denkschrift folgende Angaben:

„Die Zahl der mit Hilfspersonal betriebenen Anlagen betrug in den Gewerbezweigen, auf die sich die Thätigkeit der Gewerbe-Zuspektion erstrecken wird, nach der Aufnahme von 1882: 451 458, die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter: 2 369 980. Darunter befanden sich Anlagen mit 1—5 Gehilfen: 408 187 mit 1 078 198 Arbeitern. Anlagen mit mehr als 5 Gehilfen: 43 316 mit 1 291 782 Arbeitern. Die Zahl der von staatlichen Revisoren und Beamten der Bundesverwaltung zu revidirenden Dampfkessel beträgt nach der letzten Aufnahme rund 86 000.“

Nach der jetzt gegebenen Uebersicht im Reichsbericht waren 1896 in Preußen vorhanden 125 475 revisionspflichtige Anlagen mit 1,98 Millionen Arbeitern! Ueber 300 000 Anlagen sind also in Preußen noch nicht der Gewerbe-Aufsicht unterstellt, weil die Sozialreform inzwischen eingeführt ist und die kaiserliche Verordnung noch nicht erschien, welche die Revision nach § 154 der Gewerbe-Ordnung erweitert.

Trotzdem also dies-bischen Arbeiterschutz von 1891 noch nicht einmal in vollem Umfange in Kraft trat, sondern nur etwa zu einem Drittel, ist die Gewerbe-Aufsicht im Deutschen Reich so ungenügend mit Beamten versehen, daß diese weniger als ein Drittel ihrer Aufgabe erfüllen konnten!

Die im Reichsbericht gegebene Tabelle ist noch unvollkommen; die Angaben sind nicht einheitlich erhoben und weisen Lücken auf — eine Folge der Neuheit dieser Uebersicht. Auch fehlt eine Berechnung, wie viel Prozent der vorhandenen Anlagen und Arbeiter in den einzelnen Bundesstaaten revidirt wurden. Nur durch diese Prozentberechnung ist ein Vergleich der Gewerbe-Aufsicht der einzelnen Staaten unter einander möglich. Wir haben diese fehlende Rechnung ausgeführt; sie ergibt für die größeren Staaten folgendes:

Revidirt wurden in Preußen 81 pCt. der revisionspflichtigen Anlagen und 71 pCt. der Arbeiter, in Bayern 18 pCt. der Anlagen und 44 pCt. der Arbeiter, in Sachsen 78 pCt. der Anlagen und 92 pCt. der Arbeiter, in Württemberg 55 pCt. der Anlagen und 72 pCt. der Arbeiter, in Baden 29 pCt. der Anlagen und 63 pCt. der Arbeiter, in Hessen 45 pCt. der Anlagen und 85 pCt. der Arbeiter.

Am schlechtesten steht es demnach in Bayern, aber, wir wollen dies hier gleich hervorheben, die bayerische Gewerbe-Aufsicht zeichnet sich, wie ihre Berichte zeigen, besonders vor der preussischen dadurch aus, daß sie weit mehr sieht als diese und ein scharfes, gesundes Urtheil über die obwaltenden Zustände fällt.

Die bayerische Gewerbe-Zuspektion giebt auch für jeden Bezirk eine genaue Darlegung, wie sich die Zuspektionen auf die einzelnen Betriebsarten vertheilen. Demnach wurden von je 100 der Aufsicht unterstellten Betrieben inspizirt:

	Fabriken	Handwerksbetriebe	Betriebe mit über 5 Gehilfen
1894	45,5	9,8	41,1
1895	42,3	11,7	34,3
1896	40,7	11,7	32,7

Der bayerische Bericht bemerkt hierzu: „Nach dem letzten Jahresergebnisse läme also durchschnittlich eine Fabrik alle 2 1/2 Jahre, ein Handwerksbetrieb alle 8—9 Jahre, ein Betrieb mit über 5 Gehilfen alle 3 Jahre zur Besichtigung, ungerchnet jene Betriebe, welche vorläufig in das Kataster überhaupt noch nicht aufgenommen worden sind. Trotz der von Jahr zu Jahr steigenden Zahl von Revisionen weist der Prozentfuß der inspizirten Fabriken und größeren Betriebe des Königreichs seit 1894 einen steten Rückgang auf, herrührend von dem auf die Kleinbetriebe des Handwerks entfallenden stärkeren Revisionsantheile.“

Als unsere Genossen im bayerischen Landtage eine Vermehrung der Zahl der Beamten forderten, erklärte der Minister v. Feilich, daß im großen und ganzen durchschnittlich in zwei Jahren jeder Fabrikbetrieb, auch die kleineren mit, inspizirt werden könne.

Nun haben ihm die Beamten der Gewerbe-Aufsicht ziffernmäßig bewiesen, wie unrichtig seine Darstellung war!

Wie sich in Preußen die Besichtigungen auf Groß- und Kleinbetriebe vertheilen, wird nicht mitgetheilt; die preussischen Berichte zeichnen sich von jeder Schweigsamkeit gegenüber unangenehmen Thatsachen aus. Die Zahl der in den revidirten Anlagen beschäftigten Arbeiter verräth aber, was nicht ausdrücklich gesagt ist, nämlich, daß vorwiegend Großbetriebe und wenig Kleinbetriebe inspizirt wurden. Denn es befanden sich in Preußen in den 81 pCt. der revidirten Anlagen 71 pCt. der gesammten Arbeiter. Der kleinere Theil derselben (29 pCt.) war also in der Mehrzahl der nicht revidirten Betriebe (69 pCt.) beschäftigt, das heißt: in Klein- und Mittelbetrieben. Nun wird aber gerade in diesen der Arbeiterschutz am meisten und größten vernachlässigt, gerade hier wäre also eine wiederholte und scharfe Kontrolle am Plage.

Zu der Praxis ist jedoch das Gegentheil der Fall. Theils weil die Großbetriebe an bequem zu erreichenden Punkten liegen, theils weil der Wunsch vorhanden ist, recht viel Arbeiter in den Revisionslisten führen zu können, besuchen die Aufsichtsbeamten zunächst die Großbetriebe.

Die Unzulänglichkeit der Aufsicht ist ganz nach dem Herzen der Unternehmer. Erst vor kurzem eiferten die „Berliner Politischen Nachrichten“ gegen eine Vermehrung der Beamten; sie sei unnötig, denn — die niederen Polizeibehörden helfen ihnen ja.

Welch' negativen Standpunkt diese niederen Polizeibehörden bei der Gewerbe-Aufsicht einnehmen, bewiesen wie jedes Jahr auch diesmal die Berichte der Aufsichtsbeamten fast aus dem ganzen Reich. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, dies im einzelnen zu beweisen.

Die Gewerbe-Aufsicht im Deutschen Reich ist unzulänglich im höchsten Grade; eine Verdreifachung der jetzt vorhandenen Beamten wäre nicht genügend zur Erfüllung der großen wichtigen Aufgaben, die ihnen obliegen. So, wie die Zustände jetzt sind, sieht der Beamte nicht nur zu wenig Anlagen, sondern er hat auch nicht Zeit, sie gründlich genug zu revidiren.

Welche Mängel der bestehenden Gewerbe-Aufsicht sonst noch anhaften, werden wir in einem späteren Artikel erörtern.

Politische Uebersicht.

Berlin, 25. Oktober.

Bei der Beratung des Militäretats in der bayerischen Kammer brachten heute die Abgg. Dr. Schädlcr und Dr. Dertler die Frage der Militär-Strasprozeß-Ordnung wiederum zur Sprache und betonten, daß der oberste Gerichtshof ein Reservatrecht-Bayerns sei.

Neuerdings hat auch Professor v. Sendl in München, einer der bedeutendsten Staatsrechtslehrer, ein ausführliches Gutachten über diese Frage abgegeben. Derselbe weist aufs Klarste nach, daß nach den bestehenden Verfassungsbestimmungen das Reservatrecht Bayerns auf einen obersten Militär-Gerichtshof ohne Einwilligung dieses Bundesstaates nicht besetzt werden könne.

Wir haben das Bestehen dieses Reservatrechts bei unseren Darlegungen zur Frage der Militär-Strasprozeß-Reform stets in Rechnung gezogen, haben aber immer und betont, daß diese Frage eine unbensinnliche Frage sei, welche nicht zur Verbunkelung der Hauptsache benutzt werden dürfe. Auch der nationalliberale „Hannoversche Courier“ bekennt sich zu dieser Auffassung und fährt in dieser Hinsicht recht treffend folgendes aus:

Durch das Aufwerfen der Frage des vermeintlichen bayerischen Reservatrechts ist die Erörterung der Militär-Strasprozeß-Reform demnach verwirrt, daß die Hauptsache völlig in den Hintergrund gedrängt worden ist. In der Hauptsache kommt es darauf an, ob der seit mindestens einem halben Jahre in den Bundesrathshandlungen stehende Gesetzentwurf abgefaßt ist in Uebereinstimmung mit der vom Fürsten Jochenlohe am 18. Mai vorigen Jahres im Reichstage abgegebenen Erklärung, das heißt, ob derselbe den modernen Rechtsanschauungen Rechnung trägt? Ist dies der Fall? Niemand weiß es! Man streitet sich wegen des bayerischen Reservatrechts und des bayerischen obersten Gerichtshofs seit Wochen oder Monaten hin und her und übersteht ganz, daß dieser eine Punkt doch nur eine „große Nebensache“ ist. Weit wichtiger wäre es zu wissen, wie weit in der Vorlage die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens in Aussicht gestellt und ob die Besetzung des Besichtigungsrechts vorgesehen ist. Wenn der Gesetzentwurf in diesen drei Punkten den modernen Rechtsanschauungen nicht entsprechen sollte, was scheint uns dann das angeblich bayerische Reservatrecht? Vor einigen Monaten verlaute mit großer Bestimmtheit, die Frage der Reform des Militär-Strasprozeßes habe sich zu einem fast als persönlich zu bezeichnenden Konflikt zwischen dem Kaiser und dem Bundesrath angepöcht. Die Mehrheit des letzteren sei geneigt, das Besichtigungsrecht preiszugeben; der Kaiser aber wolle in diese Verleumdung seiner bisherigen Rechte als oberster Kriegsherr unter keinen Umständen willigen. Hiervon ist es alsbald ganz stille geworden, statt dessen beschäftigt sich die Presse mit der künstlich aufgebauhten Angelegenheit des bayerischen Reservatrechts. Ein Gesetzentwurf aber, der die Verbeibehaltung des Besichtigungsrechts verfügt, hat weder in diesem noch in einem anderen Reichstage Aussicht, angenommen zu werden. Man gebe uns also zunächst volle Klarheit über diese Seite der verwickelten Angelegenheit und lasse uns nicht vom bayerischen Reservatrecht bis dahin hübsch in Ruhe. Die Offiziere der „Post“ und der „Berliner Politischen Nachrichten“ mögen sich die Finger wund schreiben; es wird ihnen doch niemals gelingen, den wirthlichen Thatbestand zu verbunkeln. Man glaubt vielfach, daß die zur Zeit maßgebenden militärischen Kreise in Preußen überhaupt Gegner jeder Reform des Militär-Strasprozeßes sind, und daß sie nur hieran für jetzt scheitern.“

Die nationalliberale Partei hat schwere Verluste zu verzeichnen. Herr Miquel hat, als er den Ministerfrack anzog, seine Beziehungen mit der nationalliberalen Partei abgebrochen, Herr v. Bennigsen zieht sich, wie schon seit längerer Zeit bekannt, demnächst völlig aus dem politischen Leben zurück. Und noch ein dritter von den Abgeordneten der Partei, die ihr von Anfang an zugehörten, zieht sich, wie er in einem Schreiben an seine Wähler in Duisburg mittheilt, von der parlamentarischen Thätigkeit zurück, Herr Hammacher. Als Jüngling mit lockigem Haar war er wie Miquel Kommunist, die vormärzliche Literatur der Vorläufer unserer heutigen Partei enthielt so manchen Beitrag aus seiner Feder. Nachher wurde er Gründer, Militionär, Kinnite er für das Sozialistengesetz, auch war er sekundär in hohem Maße an der Entwicklung unserer Kolonien interessiert. Das Abschwenken eines Theiles seiner Fraktion zum Bund der Landwirthe bekämpfte er. Dem Reichstage, zu dessen fleißigsten Arbeitern er zählte, gehörte er mit Ausnahme der Jahre 1875/76 während aller Legislaturperioden an. Mitglied des Abgeordnetenhauses war er seit 1868. Hammacher ist jetzt 74 Jahre alt. Bei der Hauptwahl im Kreise Duisburg, den Herr Hammacher vertritt, wurden 14 181 nationalliberale, 1689 freisinnige, 14 309 Merkale, 6121 sozialdemokratische und 5932 antisemitische Stimmen abgegeben. In der nationalliberalen Partei hofft man kaum, diesen so schwer bedrohten Kreis weiter in Besitz zu erhalten.

Herr Buchenberger und die Schwabenden Agrartragen. Der Präsident des badischen Finanzministeriums, Dr. Buchenberger, der Verfasser der besten deutschen Darstellung der Agrarpolitik (in Wagner, Buchenberger's Handbuch der politischen Oekonomie) läßt seihen ein neues Buch: „Grundzüge der deutschen Agrarpolitik unter besonderer Würdigung der kleinen und großen Mittel“ (Verlag von Paul Parey in Berlin) erscheinen. Aus dem Vorwort dieses Buches entnehmen wir, nach der „Nat.-Ztg.“, die folgenden beachtenswerthen Stellen:

Die vorliegende Schrift soll gegenüber manchen irreführenden Ausführungen den dreifachen Nachweis führen: einmal, daß angesehts einer ungewisselhaft gegebenen sehr schwierigen Lage des landwirthschaftlichen Gewerbes die landwirthschaftliche Staatsfürsorge zu keiner Zeit kräftiger und planmäßiger ihres Amtes gewaltet hat, als in der Gegenwart; zum andern, daß die neuerdings so sehr vermissten oder geringschänig beurtheilten „kleinen Mittel“ in ihrer Gesammtheit eine große Heilkraft in sich schließen und solche bewiesen haben; zum dritten, daß mindestens ein Theil jener Vorschläge auf wirthschaftspolitischem Gebiet, die man gemeinhin als „große Mittel“ zu bezeichnen pflegt, entweder überhaupt unerfüllbare Anforderungen an die Staatsg- gung stellt oder, wenn erfüllbar, nur unter starker Schädigung der Interessen anderer Berufsstände zu verwirklichen ist. . . . Gegen die Ueberschätzung staatlicher Nachmittel in Bezug auf nachhaltig wirksame Lösung verwickelter wirthschaftlicher Probleme kann nicht entschieden genug Stellung genommen werden, in nichts so sehr wie der in der Gegenwart verbreitete, in mystische Glaube an die Wunderkraft des staatlichen Gesehungsapparats getauht ist, das Vertrauen in die eigene Kraft zu erschüttern und den Gesehungsprozeß zu verlangsamen. Danach bedarf es kaum eines Hinweises, daß in dieser

Schrift eine Anzahl gerade in neuerer Zeit von agrarischer Seite
geheftet und mit besonderer Nachdruck vertretener Forderungen
abgelesen werden müßte. Abgelesen wurde von dem Verfasser
zwar nicht etwa eine protektionistische Wirtschaftspolitik überhaupt,
die, wie für die westeuropäischen Staaten, so auch für Deutschland
unthunlich für längere Zeit schlechthin nicht zu entbehren
ist, wohl aber jede Art von Hochschuh, die auf
eine staatliche Renten-Garantie hinausläuft;
abgelehnt wurde mit aus diesem Grunde der Antrag
Kantig, wie jede Verstaatlichung des Getreide-
handels. Ablehnend steht die Schrift ferner auf grund-
sätzliche Aenderung unserer Währungs-Einrichtungen
gerichteten Bestrebungen gegenüber, da die für eine solche Aenderung
bis jetzt geltend gemachten Gründe als hinreichend stichhaltig
und beweiskräftig nicht erachtet werden können. Dagegen ist betreffs der
Getreide-Tarminhandelsfrage die Schrift zu einem die
bekanntesten Reichstagsbeschlüsse im wesentlichen
billigenden Ergebnis gelangt, ohne daß sie übrigens, wie kaum
betont zu werden braucht, die auf unzureichender Kenntnis der Ver-
hältnisse beruhende grundsätzliche Bekämpfung des Getreidehandels
und der Produktionsrisiken sich angeeignet hätte. ... Die Wirkungen des
Verbots des Getreide-Tarminhandels werden sich erst nach längerer
Zeit feststellen lassen.

Das neueste kleine Mittel liegt auf dem Gebiete
der Eisenbahn-Zaripolitik. Es soll künftig im Interesse der kleinen
und mittleren Mühlen nicht wie bisher zu gleichen Sätzen
wie Getreide, sondern zu höheren verfrachtet werden. Auch dieses
kleine Mittel hat eine Vertheuerung der nöthigsten Lebensmittel zur
unabweislichen Folge.

Der Deutsche Landwirtschaftsrath hat für
den Wirtschaftlichen Ausschuss, der zum Zwecke der
Vorbereitung und Begutachtung handelspoliti-
scher Maßnahmen gebildet werden soll, auf Ersuchen des
Reichskanzlers folgende Herren als Vertreter der Land-
wirtschaft vorgeschlagen: Reichsrath Freiherr v. Soden-
Fraunhofen (Wazern), Graf v. Kanitz-Potenzen (Ostpreußen), Dr.
v. Frege-Welken (Königreich Sachsen), Domänenrath Dietrich-
Rostock (Mecklenburg) und Oekonomierath Winkelmann-Köbbing
(Westfalen).

Man sieht, auch hier treten wieder nur Vertreter des Groß-
grundbesitzes als Vertreter „der Landwirtschaft“ auf!

Für die Herabsetzung einer indirekten
Steuer tritt der Deutsche Landwirtschaftsrath ein.
Das ist gewiß merkwürdig, da diese Vertheuerung des Agrarierthums
sonst für nichts weniger zu haben ist, als für Verminderung
indirekter Steuern. Es handelt sich um die Zuckerversteuerung.
In einer Eingabe an den Reichskanzler sagte der Land-
wirtschaftsrath: „Das Gebieten der Zuckerindustrie ist
vor allem in einer Hebung des Inlands-Zucker-
verbrauchs zu suchen und diese ist in erster Linie durch die
Herabsetzung der Verbrauchssteuer anzustreben.“ In
der Begründung der Eingabe ist zur näheren Erläuterung u. a.
gefragt: „Eine Herabsetzung der Konsumsteuer von 20 auf 15 Mark
wird 1 Kilogramm Zucker um ca. 15 Pfg. ver-
billigen, eine Ermäßigung auf 10 Mark sogar um circa
20 Pfg.“

Also nicht damit der Konsument den Zucker billiger erhalte
begnügt, die jegliche ungeheure Vertheuerung des Zuckers verminder-
t werde, neigt der Landwirtschaftsrath zur Herabsetzung dieser in-
direkten Steuerlast, sondern lediglich weil dies das einzige Mittel
sei, den Zuckerindustriellen größeren Absatz zu ermöglichen. Es
wäre auch wunderbar, wenn diese Herren jemals Rücksicht auf das
steuerzahlende Volk nehmen würden!

Das nur „theoretische“ Wohlwollen der
Regierung gegenüber „der Landwirtschaft“ wird von der
„Deutschen Tageszeitung“ befragt. Das Wiesfelder Programm habe so
schöne Verprechungen gemacht, aber bisher seien Thatsachen noch nicht
zu sehen. Selbst die entschiedene Sicherung unserer Grenzen gegen
Wichsen-Einfuhrung aus dem Auslande sei nicht durchgeführt
worden. Und so wendet sich das Agrarierthum alsbald unmittelbar
gegen den neuen Staatssekretär des Innern, Herrn v. Bülow;
es scheint, als solle auch unter diesem Nachfolger des Herrn
v. Marschall der alte Geist der Handelsvertragspolitik fort-
wirken. Wenn das aber — so fährt die „D. Z.“ fort — der Fall
ist, dann soll das neue Ministerium seine Politik der Sammlung
nur getrost an den Nagel hängen. Denn wenn man weiter er-
kennen müßte, daß das Staatsbüßel zwar eine neue Flagge — die
des Wiesfelder Programms — gehißt hat, daß aber im Capri-
villischen Sinne weiter laßt wird, dann werden die
Wirtschaftlichen ohnehin kommen, die in der Umbildung des
Ministeriums nur eine Maßregel zu gunsten weitgehender Marine-
forderungen erblicken wollen, die eine Durchdringung dieser Forde-
rungen, wenn nicht für den einzigen, so doch wesentlichen Zweck der
„Politik der Sammlung“ ansehen. Zwar will das Wählerorgan,
wie es weiter sagt, nicht zu diesen Wistranschen zählen, aber seine
Sprache ist deutlich genug. Wer nicht nach der Färbung der agrarischen
Ausbeuter tanzt, der wird bekämpft. Dabei vergessen die Leute um

Blüh nur, daß ein Ministerium, und wäre es noch so aufrichtig
demüthigt, den Agrariern willfährig zu sein, doch nimmermehr sich in
die einseitige Politik dieser Leute einspannen lassen kann; ein Minister
hat eben doch etwas andere Aufgaben als ein agrarischer Interessen-
politiker.

Im Reichs-Postamt versammelte der neue Postherr
am Sonnabend auch eine Konferenz der Landwirtschaftskammern
und landwirtschaftlichen Zentralvereine. Es wurden dieselben
Frage behandelt wie auf der Konferenz der Handelskammern und
kaufmännischen Korporationen: Erhöhung des einfachen Briefgewichts
von 15 Gramm auf 20 Gramm, Ermäßigung des Briefpostens für
den Nahverkehr und der Gebühr für Postanweisungen über niedrige
Beträge. Die Mitglieder äußerten außerdem Spezialwünsche, so auf
Fortfall des Bestellgeldes auf dem Lande.

Unter Hinweis auf die großen Ueber-
schwemmungen dieses Jahres ist jetzt den beteiligten Aufsichts-
behörden eine Verfügung der Minister für Land-
wirtschaft, der öffentlichen Arbeiten und des
Innern zugegangen, in welcher erklärt wird, die letzten Ueber-
schwemmungen hätten gezeigt, daß der Freihaltung des
Inundationsgebietes von Abflusshindernissen
bisher nicht überall die erforderliche Aufmerksamkeit gewidmet
worden sei. Der gegenwärtige Zeitpunkt müsse zur Befestigung der
vorhandenen Wehrwerke nach Kräften ausgenutzt werden.

Deutsch-niederländischer Auslieferungs-
vertrag. Am heutigen Tage hat die Auslieferung der Nati-
onalisationsurkunden zu dem deutsch-niederländischen Auslieferungs-
vertrage vom 31. Dezember 1898 und zu dem die Auslieferung
zwischen den deutschen Schutzbereichen und der Niederlande regel-
nden Verträge vom 21. September d. J. stattgefunden.

Beide Verträge werden drei Monate nach Auswechslung der
Nationalisationsurkunden, also mit dem 23. Januar 1900 in Kraft
treten.

Importirte Fahrräder sollen künftig als Fahr-
zeuge und nicht als Eisen und Stahl wie bisher mit bloß 2 M. ver-
zollt werden. Das bedeutet eine Erhöhung des Zolls um das
Zehnfache. Damit wird freilich zum Schaden der Konsumenten
einem Wunsch der deutschen Fahrradfabrikanten Rechnung getragen.
Begründet wurde das Verlangen damit, daß in Amerika deutsche
Fahrräder mit 50-60 M. verzollt werden müssen.

Zu der Palmnidenener Vernichtungsangelegen-
heit theilt die „Ostpreuss. Ztg.“ folgendes mit, was sie als ihr von
amtlicher Stelle gewordene Auskunft bezeichnet: Die nach Palm-
niden entsandten Kommissionen der beteiligten Ministerien haben
nur vorbereitende Maßnahmen zu treffen. Auf keinen Fall denkt die
Regierung daran, den Vertrag mit Veder zu verlängern. Die Staats-
regierung wolle die Vernichtungsgewinnung selbst in die Hand nehmen
und zu diesem Zwecke die Veder'schen Pflanzungen und Betriebe
anzufaufen, der Plan scheiterte jedoch an der übertriebenen Forderung des
bisherigen Besitzers. Zu einem Enteignungsverfahren liegt ein gesetz-
licher Grund nicht vor, eine gesetzgeberische Aktion aber wäre an
sich nicht und außerdem zu zeitraubend, da die Verhältnisse auf
eine Entscheidung drängen. Die Regierung will nun folgenden
Ausweg wählen: Das Veder'sche Unternehmen soll in eine Aktien-
gesellschaft umgewandelt werden, an der sich der Staat als Aktionär
betheiligen würde. Wenn auch Veder voraussichtlich davon sich den
größten Theil der Aktien vorbehalten würde, wäre er doch an die
Satzungen der Gesellschaft gebunden, während der Staat das Recht erhält,
sich durch einen Kommissar im Vorstände vertreten zu lassen. Der vom
Handelsminister nach Ostpreußen entsandte Kommissar, Professor von
Bartsch, hat den Auftrag, die Ausführung des Planes in die Wege
zu leiten. Sollte diese Umbildung bis zum 1. Januar noch nicht
erfolgt sein, so hat Veder sich bereit erklärt, den Betrieb noch einige
Monate in bisheriger Weise weiter zu leiten. Dem vielfach ge-
äußerten Wunsche, die Staatsregierung möge dabei die Genehmigung
des Landtages einholen, glaubt diese grundsätzlich nicht entsprechen
zu können.

Was sind das für merkwürdige Grundzüge?

Eine Revision der Bäckerei-Verordnung ist
den klagenden Bäckermeistern in Aussicht gestellt worden, und diese
sind ihr möglichstes, um den einzigen Schutz der Bäckerei-Arbeiter
noch mehr zu vermindern. Auch bei einer Revision, welche der
„Zentralausschuss der Innungsverordnungen Deutsch-
lands“ beim Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky
hatte, suchte man den Staatssekretär von der Verderblichkeit der
Verordnung zu überzeugen. Da wurden die alten Dinge vorgebracht:
das gute Verhältnis zwischen Meister und Gesellen sei gestört, die
weissen Bäckermeister erlitten schwere wirtschaftliche Nach-
theile u. s. w. Man wird ja sehen, wie weit diese Ver-
suche von Erfolg gekrönt sein werden. Die Bäckerei-Arbeiter
werden sich nach Kräften zu wehren suchen und das bisherige, was
sie mit Mühe und Noth erreicht haben, mit Zähigkeit ver-
theidigen.

Auch aus Bayern wird berichtet, daß Erhebungen über
die Wirkung der bundesrätlichen Verordnung angestellt werden.
Die Behörden sind angewiesen worden, nach protokolllarischer Ein-
vernahme der Bäckermeister und Konditoren, die Gesellen beschäftigten,

sowie der betreffenden Gesellen, sich darüber zu äußern, ob nach-
theilige Wirkungen der Verordnung bei ihrer praktischen
Durchführung mit Sicherheit erkennbar seien, worin die-
selben bestehen und ob insbesondere Umstände zu Tage getreten
seien, welche die Klagen über eine infolge dieser Verordnung ange-
bildete eingetretene wirtschaftliche Schädigung des Bäder-
gewerbes und das Schwinden des guten Einver-
nehmens zwischen Meistern und Gesellen als begründet erscheinen
lassen. Ferner soll darüber berichtet werden, ob die Verordnung
mit Nachdruck oder mit Nachsicht durchgeführt worden ist
und ob im letzteren Falle Grund zur Annahme vorliegt, daß bei
Anwendung größerer Strenge die Klagen über nachtheilige Wir-
kungen lebhafter hervorgerufen sein würden.

Herr Lh. Barth, der im Nordtreffen des freisinnigen
Bruderkongresses und Herrn Eugen Richter als vornehmlichste
Zielscheide für seine in Gift getauchten Pfeile dient, hat einen Erfolg
zu verzeichnen: er ist nun als Kandidat beider freisinnigen Gruppen
im Wahlkreise Rostock-Dobruan aufgestellt. Wir hoffen von dem
Eifer unserer medienburgischen Genossen, daß der bisher konservativ
vertretene Wahlkreis nicht den Freisinnigen, sondern uns zufällt.

Die Freisinnige Vereinigung in Pommern
bleibt am Sonnabend in Stollp einen Parteitag ab. Zunächst be-
schäftigte man sich mit der Reform der Militär-Prozedurordnung und
den Handelsverträgen, sodann mit der Lage der Landwirtschaft
und ihrem Verhältnis; mehrere Gutbesitzer wandten sich gegen die
konservativ-agrarischen Forderungen. Herr Richter sprach über das
Verhältnis und die Flottenfrage. Er wendete sich gegen das
Septennat, erklärte sich aber zur Vermehrung der Flotte gern
bereit. Es folgte eine geheime Besprechung über Wahlangelegen-
heiten.

Dienstüberbürdung bei der Bahn. Ein eigen-
thümlicher Zwischenfall, der sich dieser Tage auf dem Haupt-
bahnhofs in Dresden zugetragen haben soll, wird gegen-
wärtig in den Kreisen der dortigen Staatsbeamten viel besprochen.
Mit der Begründung, daß die dienstlich überbürdeten seien,
weigerten sich mehrere Beamten des Haupt-
bahnhofs, den Dienst anzutreten. Die Weigerung wurde von
ihnen zu Protokoll erklärt. Von anderer Seite wird hierzu gemeldet,
die betreffenden Beamten hätten nur gebeten, vom Dienst entbunden
zu werden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Aus Nieder-
holländ wird telegraphirt: Am Sonntag gegen 8 Uhr früh fuhr auf
Hallefelle Niederholländ infolge Nichtbeachtung des Hallesignals ein
Güterzug 802 in den dort überholten und in der Richtung begriffenen
Güterzug 828. Beide Geleise gesprengt. Eine Maschine, sieben O-
Wagen beschädigt. Menschen nicht verletzt, Betrieb durch Umsteigen
aufrecht erhalten.

Das „Dresdner Journal“ meldet: Von dem Personen-
zuge, welcher fahrplanmäßig um 1 Uhr 57 Min. von Bodenbach
kommend, in Dresden einzutreffen hat, sind heute Mittag bei der
Durchfahrt in Dresden die beiden letzten Wagen entgleist. Ver-
letzungen von Personen sind nicht vorgekommen. Infolge des Un-
falles ist das Geleise gesprengt; der Personenverkehr muß durch Um-
steigen aufrecht erhalten werden.

Renkontre in der Kaserne. Ueber eine Säbelaffäre
in der Kaserne wird aus Frankfurt a. M. folgendes gemeldet:
Der 20-jährige Maschinenarbeiter Wilhelm Becker aus Höchst, der
in der Kaserne der Gullenstraße in Frankfurt einen ihm bekannten
Militären besuchte hatte, wandte sich, als er auf dem Rückwege von
diesem Besuche den Kasernehof passirte, an einen dort stehenden
Soldaten mit der Frage, ob er einen Begleiter bis
vor das Thor haben müßte. In diesem Augenblick
kam ein in der Nähe befindlicher Hauptmann heran,
den der Techniker in freundlichem Tone mit: „Guten Tag,
Herr Hauptmann!“ begrüßte. Hierauf soll der Hauptmann
diesem geantwortet haben: „Was wollen Sie, ich kenne
Sie ja gar nicht.“ darauf der Militäre geantwortet: „Das ist doch
Anstand, daß ich Sie grüße!“ Hierüber
aufgebracht, zog der Hauptmann in Gegenwart
mehrerer Soldaten seinen Säbel und verfechtete
damit dem jungen Manne mehrere Hiebe über
den Kopf, so daß Blut floss und der Militäre außerdem eine
Verletzung an linken Zeigefinger und am Hand-
gelenk davontrug. Hierauf ergriff der junge Mann die Flucht,
woran ihn der Hauptmann noch eine kurze Strecke verfolgte. Von
anderer Seite wird hierzu gemeldet, daß der Hauptmann von
dem Maschinenarbeiter sehr gereizt, beziehungs-
weise durch Ausschlagen seines Regenschirmes zum
Schlage bedroht worden sein soll, bevor er von der Waffe
Gebrauch machte. Die bereits eingeleitete Untersuchung dürfte
wohl bald den Vorfälle in genügender Weise anklären.

Posen, 23. Oktober. (Verl. Tagebl.) Nachdem die Staats-
anwaltschaft in Gnesen das Verfahren gegen den Probst Hechmann
in Reichlich wegen Majestätsbeleidigung, die er dadurch begangen
haben sollte, daß er bei einem vom Bürgermeister ausgebrachten
Kaiserhoch sitzen blieb, eingestellt hat, ist nunmehr von der hiesigen
Staatsanwaltschaft gegen Hechmann Anklage wegen öffentlicher Be-
leidigung des Bürgermeisters, sowie des Distriktskommissars erhoben

Grillenberger's Bestattung.

Hoch über der Stadt Gotha, an der Langensalzaer Straße, in
sonniger Höhe und ruhiger Stille liegt der Friedhof mit dem
Krematorium. Herbststimmung; fallendes Laub und der Duft der
Verwesung über Weg und Steg — trotz des freundlichen, friedlichen
Sonnenscheins, der durch die Nebelstreifen dringt, die über den Höhen
des Thüringer Waldes lagern. In der Ruhabahnstation — ein
schmuckloses, längliches Mierel, nur an der Hinterwand mit ein paar
frommen Bibelprüchen geziert — sind gefaschelte Hände thätig, mit
immergrünen Lorbeer, Thuja und saftigen Blattpflanzen den Katafalk
zu schmücken, auf dem in wenigen Stunden die körperlichen Ueberreste
des unvergesslichen Freundes und Genossen den Flammen übergeben
werden sollen.

Seitdem in Gotha, dem christlichen Vortrath zum Trost, der
Leichenverbrennungsofen errichtet ist — Mitte der sechziger Jahre —
sind bereits 1888 Körper dem Flammen übergeben worden. Im
Kolumbarium, der Urnenhalle, die zwischen der Leichenhalle am süd-
lichen und der Ausgrabungshalle am nördlichen Ende des Gebäudes
in Gestalt eines Säulenganganges liegt, sind hunderte von Urnen
und Vasen in allen möglichen künstlerisch schönen und unschönen
Formen mit den Ueberresten der Dahingegangenen besetzt. Unser
Genosse Grillenberger ist also der 1884. Aus allen Bindern und
von jenseits des Weltmeeres hat der Wille der Sterbenden ihre
Ueberreste nach Gotha gebracht. Da steht die Urne des bekannten
Demokraten Kolb, der ein Menschenalter vor Grillenberger im
bayerischen Landtage so tapfer gegen den Militarismus sprach; dort zeigt
uns die Inschrift die Urne des alten Fortschrittlers Moritz
Wiggers († 1894), der mit seinem Bruder so viele
Jahre unerschrocken gegen den mittelalterlich-rohen Feudalismus
„Durchschlingung“ auftrat, in Wort und Schrift und auch noch im
Reichstag. Hier rufen uns die Worte: Albert Dall, ge-
storben 29. Oktober 1884, die ehrwürdige Gestalt des idealen
Dichters und Denkers vor Augen, der auf dem Kongress in Gotha
1876 als Genossenschafts-Delegirter mit so berechtigen Worten für die
Schaffung einer Arbeiteruniversität eingetreten war und der hier
seine Grabstätte sich selber gewählt hatte:

Der Phönix Ich stürzt mich in Feuerflammen,
Dahin ihn Lieb' zu Mensch und Menschheit zieht;
Sie schlagen leuchtend über ihm zusammen,
Doch sie verzehren nur, was selbstlich glüht,
Und jeglichen Liebesopfers Brand
Erschafft ihm ein neu und ein reiner Gewand,
Versüßt ihn zu allmenschlichem Triebe,
O, so erfah' mich ganz mit Deiner Kraft,
Die aus dem Keinen Ich den Gott erschafft,
Du Todesengel, führe heilig Liebe.

Mittags um 12 1/2 Uhr traf aus München der Sarg Grillen-
berger's ein; der Vordrill genäh war er die Nacht über in Vichten-
fels stehen geblieben. Von München aus hatte Genosse Ehrhardt,
der von Beginn der Katastrophe an bis zum letzten Augenblick an
der Seite Grillenberger's geblieben war, den todtten Freund begleitet.
Ein Berg von Blumen und Kränzen bedeckte den Sarg, der wie in
ein rothes Banner gefüllt erschien von den Hunderten von
Männern und Frauen, aus denen im leuchtenden Gold die In-
schriften erglänzten, durchbrochen da und dort von den Silber-
schleifen auf den schwarzen Trauerschleifen. War doch fast
keine Stadt in Bayern, die nicht an der Bahre des Dahingegangenen
den Zoll ihrer Trauer und ihrer Dankbarkeit niedergelegt hatte.
Und zu diesen Hunderten von Kränzen, die mit dem Sarge aus
München eintrafen, kamen nun noch in Gotha eine solche Fülle, daß
es unmöglich ist, sie einzeln anzuführen.

Da ist aus Palmern, Lorbeer, weissen Rosen, Georginen und
Farren ein prächtiger Kranz mit der Aufschrift: „Parteilosigkeit
und Reichthums-Praktion der deutschen Sozial-
demokratie ihrem unvergesslichen Freunde und
Kampfgenosse Karl Grillenberger. Der Vor-
wärts“ Berlin sendte einen Kranz, der die Aufschrift trug:
„Dem treuen, tapferen, unerschrockenen Vorkämpfer des Proletariats
in dankbarer Erinnerung.“ Das Hamburger „Echo“:
„Bist auch Du uns entziffen, uns bleibt, was Dein Wirten
geheiligt, die erlösende Wahrheit, des Menschthums ewiger Geist.“
Die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands:
„Wir, Deines Geistes Erben, wir werden unentwegt wie Du
kämpfen und sterben.“ Die Berliner Genossen und die Ge-
nosse des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow:

Was Du mitstiffst, es wird am Leben bleiben,
Was Du mitstiffst, hoch und höher treiben,
Wenn's jeht auch rothe Fäße niederretzen,
So laßt uns denn am Grab nur also beuten:
Wir, die wir sind des edlen Todten Erben,
Wir wollen auch so unentwegt einfließen.

Der Arbeiter-Sängerbund Berlin's, die Elber-
felder „Freie Presse“, die „Leipziger Volkszeitung“, ferner
die Genossen des nördlichen Belagerungsgebietes:
Der Geist des Menschthums schwingt aus Deiner Urne sich liegend
auf, ein Kind des Lichts.“ Von den bairischen, sächsischen, gotha-
ischen und gewerkschaftlichen Verbänden, aus allen Gegenden Deutschlands
und von zahlreichen persönlichen Freunden des Verstorbenen kamen in
prächtigen Kränzen Beweise dafür, wie schwer überall der Verlust
Grillenberger's empfunden wird und wie lebendig überall in der
Partei das Gefühl der Zuneigung und der Dankbarkeit schlägt für
den lieben Genossen, für den unermüdeten Agitator unserer Ideen!

Um 1 Uhr wurde der Sarg aus dem Bahnhofsgebäude auf den
Leichenwagen der Friedhofsverwaltung gebahrt, die von den Eise-
nacher Genossen mitgebrachte Kapelle spielte einen Trauermarsch
und dann setzte sich der Zug in Bewegung. Zwei Schimmel
zogen den schwarz ausgeschlagenen, hoch mit Kränzen beladenen
Leichenwagen, hinter dem zwei Klappen den Sarg führten. Dahinter
folgten die Nürnberg-Delegirten: Eisinger, Dertel,
Wendler; ihnen folgten sich persönliche Freunde und Depu-
tationen einzelner Fabriken aus Nürnberg, dann folgten die Genossen
des Kreises Nieder-Barnim, Meister für Pan-
nover, Dubber, Frohme und Stubbe für die Genossen
im nördlichen Belagerungsgebiete. Aus Posen waren die Genossen
Baudert und Senier Delegirte, aus Braunschweig Friede,
Chemnitz Feißig, Darmstadt Abel, Dessau Feus,
Erfurt für die Gewerkschaften Fabrenkamp, für die
Partei Reichhaus, für persönliche Freunde Feuerthal, aus
Halle und dem Saalkreise die Genossen Ebeling und Fischer, aus
Leipzig die Genossen Grenz und Schoenlant (für die Volks-
zeitung). Aus den benachbarten Thüringer Städten (Eisenach,
Röhrig, Weimar etc.) waren die Vertrauensleute mit zahlreichen Ge-
nosse herbeigezogen, um den uns so plötzlich entziffenen Genossen das
letzte Geleit zu geben.

Zu weiblicher Stille bewegte sich der vielleicht 400 Theilnehmer
starke Zug, dem Hunderte und Aberhunderte von Gothaer Einwohnern
auf allen Straßen das Geleit gaben, vom Bahnhof nach dem ungefähr
3/4 Stunden entfernten Friedhof — denselben Weg entlang, auf dem
vor 21 Jahren, am Gothaer Parteikongress, Grillenberger im Sonnen-
schein des jungen Glucks seine jugendliche Frau auf seiner ver-
trauten Hochzeitsreise zu seinen Freunden geführt hatte! Nun
führten wir ihn todtdahin zur Bestattung — und im fernem Nir-
nberg sahen zur selben Stunde, getrocknet von diesem schweren
Schicksalsschlage, im verdorrten Heim weinend Weib und Sohn und
Tochter, denen mit ihrem so liebevollen Gatten und Vater alles
Arbeitsglück dahin gegangen war! Den Witten der Nürnberg-
Genossen folgten waren sie von München nach Nürnberg zurück-
geführt — sie hatten ja das Leids genug zu tragen, daß sie nicht
auch noch diesen schweren Gang zum zweiten Male schreiten
mußten.

Zu der Leichenhalle des Friedhofs wurde der Sarg ausgebahrt
— erst eine Stunde später war die Feuerbestattung angeordnet.
Abermals ordnete sich dann der Zug, eine Gothaer Musikkapelle
hatte vor der Halle Aufstellung genommen und unter ihren Trauer-
klängen wurde der Sarg von acht Gothaer Genossen nach der Ver-
brennungshalle getragen und dort inmitten eines grünenden Waldes

worden. Die Besichtigung wird in einer Erklärung gefunden, die demnach nach jenem Vorfall in einem hiesigen polnischen Walle verurteilt.

— Pastor Schall veröffentlicht von Bohrdorf aus eine Erklärung, in der er u. a. heißt: „An eine baldige Beendigung des gegen mich eingeleiteten Disziplinarverfahrens ist noch gar nicht zu denken, bis heute ist eine Anklage nicht noch vorhanden in meinen Händen, um so mehr also ist eine baldige Beendigung meiner Interimsmassnahmen unbedingt notwendig, soll ich nicht vorher durch solche Mittel kampfunfähig gemacht werden, und weil sie notwendig ist, zweifle ich nicht, wird sie auch eintreten.“

— Treiben, 25. Oktober. (Sig. Ver.) Die General-Versammlung des konservativen Landesvereins, welche dieser Tage unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit hier stattfand, hat, wie das „Vaterland“ mitteilt, in bezug auf die Reichstagswahlen, bez. die Agitation für dieselben, folgende Resolution gefaßt:

„Die eben beendigten Landtagswahlen haben die Nothwendigkeit der Festhaltung am Kartell evident erwiesen. Es ist dringend zu wünschen, daß das Kartell auch bei den künftigen Wahlen, insbesondere auch bei den bevorstehenden Reichstagswahlen in volstem Maße erneut durchgeführt werde. In die bezüglichen Vorbereitungen für die Reichstagswahlen ist mit thätigster Beschleunigung einzutreten.“

Waffen die Herrschaften eine Angst haben! Und diese Angst ist nicht unberechtigt. Frag Kartell werden die „Ordnungsparteien“, die Schöpfer des Dreiklassenwahlrechts, bei den Reichstagswahlen böse heimgejagt bekommen.

— Wegen Haberseldtreibens wurden in München mehr als 400 Personen verurteilt. Ende der letzten Woche standen wieder 42 Haberer vor Gericht, unter der Anklage, vor mehr als 5 Jahren zu Gemating dem dortigen Viehe und Pflanze getrieben zu haben. Dredmal wurden Strafen von 1-3 Monaten ausgesprochen.

Nach dem „Wohlfahrtsboten“ erklärte der Justizminister zwei Jeminalangeordneten eine generelle Vergnügung der Haberer für unzulässig, dagegen sei die Möglichkeit individueller theilweiser Vergnügung der einfach beteiligten und gut beleumundeten Verfahren gegeben.

— Ein großer Krawall bei Gelegenheit einer antisemitischen Versammlung hat in Waldorf in Baden stattgefunden. Es wird behauptet, die jüdischen Einwohner des Ortes hätten Arbeitern Freibier gegeben. Es entstand eine Schlägerei; wer dieselbe angefangen, ist nicht sicher festzustellen, die beiden Parteien warfen einander die Schuld vor. Die Antisemiten schickten. Gegen die Teilnehmer des Krawalls soll Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben werden. Bisher wurden acht christliche und vier jüdische Einwohner nach Mamborn in Untersuchungshaft gebracht. Das Arbeiter sich zu solchen Klumpen mißbrauchen lassen, bedauern wir auf das lebhafteste. Auch unser Mannheimer Parteigänger spricht sich in schärfster Weise gegen diese Vergewaltigung der Versammlungsfreiheit aus.

— Straßburg i. E., 22. Oktober. (Sig. Bericht.) Die hiesigen Polizeibehörden scheinen bei ihren alten Praktiken hinsichtlich der Handhabung der Versammlungs-Gesetzgebung gegenüber der Sozialdemokratie beharren zu wollen. Auf heute Abend war durch den Bezirksmann eine öffentliche Parteiversammlung einberufen worden, in welcher der Delegierte Böhle Bericht über die Verhandlungen des Hamburger Parteitages erstatten sollte. Außerdem stand die Wahl eines Delegierten zu der demnächst stattfindenden elsass-lothringischen Proklamation zur Tagesordnung. Soeben ist nun eine Verfügung des Bezirkspräsidenten eingetroffen, nach welcher der geplanten Versammlung die nach Art. 1 des Gesetzes vom 6. Juni 1868 erforderliche polizeiliche Genehmigung versagt wurde. Wir sind also wieder einmal auf die Gastfreundschaft des badischen Nachbarlandes angewiesen, wenn wir nicht auf die Wadenebene der beschiedenen staatsbürgerlichen Rechte verzichten wollen. Die verbotene Versammlung findet nun nächsten Sonntag im badischen Dorfe Neumühl statt. — Auch die öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen finden bei unseren Polizeibehörden keine Gnade. Am Sonntag Abend wollte Böhle in einer solchen über die Lage der in der Schuhmacherei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sprechen. Auch diese Versammlung ist heute durch den Bezirkspräsidenten verboten worden. Man sieht aus diesen beiden Beispielen auf's neue, daß das durch die Reichsverfassung garantierte Versammlungsrecht für die Bewohner der Reichslande durch behördliche Maßnahmen nahezu illusorisch gemacht wird. — Einer Verordnung des kaiserlichen Statthalters zu Folge haben die Neuwahlen zum Landesauschuss für Elsass-Lothringen am 6. November stattzufinden. Die Wahl der Wahlmänner soll am 29. Oktober vorgenommen werden. — Durch Beschluß des Bezirkspräsidenten von Weh wurde der französische Staatsangehörige Kaver Breton aus dem Gebiet der Reichslande ausgewiesen. — Veranlaßt durch die häufigen Ruhestörungen, welche die mit kriegsbedingtem Spiel von Nachtzügen zurückkehrenden Truppen in der Stadt zu verüben pflegen, hat der Gemeinderath der Infanteriegarison Weh den vernünftigen Beschluß gefaßt, beim Gouverneur der Festung dahin vorstellig zu werden,

von Hergewachsen auf den Katafall gehoben, vor dem sich ein Berg von Felsen aufhäufte. Ein wogendes Meer von Menschen erfüllte den Friedhof — gegen 5000 hatten sich eingefunden, um in theilnahmvoller Sympathie und lautloser Stille Später zu bilden vor dem Trauergefolge, denn nur für ungefähr 200 bot die Bestattungshalle Raum. Ein stimmungsvolles Trauerlied, gesungen vom Gottbauer Arbeiter-Gesangverein Frohlin u., erklang in der Halle. Dann trat Genosse Oertel an den Sarg und sprach im Namen der Münberger Genossen mit schmerzdurchdringender Stimme den Abschiedsgruß:

„Unausprechlich schmerzhaft und traurig ist die Veranlassung, die uns hier zusammengeführt. Keiner von uns hätte geglaubt, daß einer unserer Besten, daß unser Freund und Genosse Karl Grillenberger so rasch und so plötzlich aus unserer Mitte gerissen würde. Entschwinden ist das Leben, das so reich in ihm schlug, für immer dahin die irdische Hülle der Erde, unwiederbringlich uns verloren sein Rath, sein scharfes Urtheil, verwaist haben wir hier und belagert den Verlust des väterlichen Freundes, des Mitarbeiters, des rüstlos thätigen Parteigenossen. Die deutsche Sozialdemokratie hat einen ihrer fähigsten Vertreter, die bayerische Sozialdemokratie und ganz besonders die sozialdemokratische Landtagsfraktion Bayerns hat ihren größten, unerschütterlichen Förderer, ihr Haupt verloren. Und ist er unersehlich, und wenn wir ein Spiegelbild der grenzenlosen Liebe und Verehrung, der Achtung sehen wollen, deren sich der Verlebte erfreute, dann dürfen wir nur der ungeheuren Theilnahme, des gewaltigen Schmerzes gedenken, den sein Ableben allüberall hervorgerufen hat. Die Jehntausende, die ihm in München das Geleit gegeben, die zahllosen Weidwiderbezeugungen, die eingetroffen, die heutige Trauerversammlung — alles giebt Zeugniß, wie tief sein Gange beklagt wird, wie man weiß, was wir verloren. Es möge das auch ein Trost für die schwergeprüfte Familie sein.“

So hat also der Tod dem Kämpfer für Befreiung des Proletariats ein Ziel gesetzt. Mitten in diesem Kampfe ist er gefallen, ein Held. In uns liegt es, das Erbe anzutreten, fortzuwirken, fortzukämpfen in seinem Sinne. Ist auch der Acker todt, sein Geißt wird fortleben, wird uns die Richtung weisen und unvergessen wird eingegraben sein in der Geschichte der Sozialdemokratie Dein Name: Karl Grillenberger! Du edler, besser Mensch, Du selbstloser Freund, nimm hiermit meinen, unsern letzten Abschiedsgruß.

Im Namen der Parteileitung und der Reichstagsfraktion widmete Genosse Liebknecht dem Aufgebahrten für die Gesamtpartei ungefähr folgenden Nachruf: Wir sind hier versammelt zur Erfüllung einer traurigen Pflicht. Wir sind eine kämpfende Partei und wir sehen an der Leiche eines

daß die Truppen bei ihren Durchzügen durch die Stadt im Sommer nicht vor 5 Uhr, im Winter nicht vor 7 Uhr morgens die Musik spielen lassen dürfen. Auch hier in Straßburg wäre es sehr angebracht, gegen die gerügten Unfälle des Militärs energisch vorzugehen.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Konstantinopel wird unter dem 21. d. M. der „Frankf. Zig.“ geschrieben: Wie gut es wäre, wenn Anklagen wegen Majestätsbeleidigungen nur auf Antrag der „beleidigten“ Personen erhoben werden könnten, zeigte heute wieder die Strafkammer-Verhandlung gegen den mehrmals bestrafte Kaiser Eugen Bar von Neuchâtel. Bar sah am 26. August angetreten mit Begehren, die gleichfalls nicht mehr ganz nischen waren, in der „Germania“ zu Neuchâtel und „politisiert“ Als einer aus der Gesellschaft sagte, er sei 1848 und 1866 Soldat gewesen, machte Bar die Bemerkung: „So, damals als der Großherzog das Land verlor.“ Bar 1848 regierte, wußte Bar nicht, ebenso wenig, was damals in Deutschland vorging. „Ich war ja da noch gar nicht auf der Welt“, meinte er. Die Beschuldigung muß er in der Schweiz gehört haben. Auch die Witwin hat die Neuherung schon öfter gehört, ohne sich darüber besondere Gedanken gemacht zu haben. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei, weil nicht erwiesen sei, ob der regierende Großherzog oder dessen verstorbenen Vater, Leopold, gemeint war.

— Oesterreich. Wien, 25. Oktober. (Voll. Zig.) Wie veranlaßt, stellen insbesondere die Abgeordneten des konservativen Großgrundbesitzes die Bedingung, daß die erste Lesung des Diplomatischen Sprachenantrages vom Aufheben der Obstruktion durch die Linke gegenüber dem Ausgleichsprovisorium abhängig gemacht werden müsse. Dipaul will noch in dieser Woche neue Verhandlungen beginnen und die widerstrebenden Gruppen der Rechten für die bedingungslose Zustimmung zur ersten Lesung fernes Tages zwingen. Die Rechte beabsichtigt übrigens, die massenhafte namentlichen Abstimmungen beim Sitzungsbeginn über die eingelaufenen Petitionen dadurch zu verhindern, daß von der Mehrheit von Fall zu Fall beschlossen wird, sämtliche von Abgeordneten vorgelegte Petitionen seien dem stenographischen Protokoll beizubringen, infolge dessen die namentliche Abstimmung über die Behandlung jeder einzelnen Petition entfiel. Damit wäre die Linke eines wirksamen Obstruktionsmittels, wodurch jedesmal der Beginn der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses viele Stunden hindurch verzögert werden konnte, beraubt.

— Ungarn. Budapest, 25. Oktober. Abgeordnetenhauss. Die Vorlage über das Budgetprovisorium wurde im allgemeinen und in einzelnen angenommen. Der Ministerpräsident Baron Banffy erklärte, die Regierung könne das Budget nicht einbringen, bevor die Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten festgesetzt sei. Der Ministerpräsident äußerte sich lobend über die Verhältnisse in Oesterreich.

— Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgebern und landwirtschaftlichen Arbeitern. Im Ackerbau-Ministerium fand in den jüngsten Tagen eine Enquete statt, deren Gegenstand die Verhandlung des Referenten-Entwurfs eines Gesetzes über die Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen den Arbeitgebern und den landwirtschaftlichen Arbeitern bildete. Die Enquete, in welcher Ackerbau-Minister Darányi den Vorsitz führte, nahm die Vorlage im allgemeinen und in den Details ohne wesentliche Änderungen an. Da auch die hierzu mit Rücksicht auf spezielle und lokale Verhältnisse aufgeführten Körperchaften und Fachmänner den Entwurf billigten und für sprechend erklärten, wird der Minister den Gesetzentwurf schon binnen kurzem dem Parlament vorlegen. Arbeiter wurden in dieser durch die Enquete der letzten Jahre veranlaßten Enquete nicht vernommen. Das Gesetz dürfte weniger den Schutz als die Knebelung der Landarbeiter bezwecken.

— Schweiz. Bern, 24. Oktober. Der Beginn einer Referendumsbewegung gegen das Eisenbahn-Rückkaufgesetz wird von verschiedenen Seiten gemeldet. In Basle bildete sich ein eigenes Komitee zur Vorbereitung der Bewegung; das demokratische Wahlkomitee von Genf beschloß die Unterstützung derselben; auch die Volkspartei des Kantons Bern hat die Bewegung aufgenommen.

— Frankreich. Paris, 24. Oktober. Finanzminister Cocheru gab heute Vormittag in der Budgetkommission Erklärungen ab über das zwischen der Kommission und der Regierung erzielte Einverständnis hinsichtlich der Mittel, durch welche eine Steuererleichterung im Betrage von 29 Millionen erzielt werden könne. Das Einverständnis bezieht sich auf folgende Punkte: Aufrechterhaltung der Lage auf fremde Werthe, Erhöhung der Steuer für Uebertragung der auf Roman lautenden Werthe von 0.50 Frank auf einen Frank sowie Erhöhung des Stempels auf fremde Werthe ebenfalls von 0.50 Frank auf einen Frank. Cocheru erklärte, er glaube nicht, daß die auswärtigen Regierungen hiergegen Widerspruch erheben würden. Es handelt sich also im wesentlichen um eine stärkere Besteuerung ausländischer Börsenpapiere.

unserer besten Kämpfer, den der Schlachttod weggerafft hat. So sah weggerafft, daß wir kaum glauben können, daß er todt ist. Und steht er nicht noch vor uns in der Halle der Kraft, ein Hinein an Gestalt, allen voran im Streit? Wie eine mächtige Woge, von einem Wüsthalm getroffen, so ist er gefallen, unser Karl Grillenberger. Wer er war, was er war — wir alle wissen es. Er war ein Held der Partei. Seine Geschichte erzählen, heißt die Geschichte der Partei erzählen. Seit 25 Jahren steht er im Kampf, immer im Vorkampf, Führer und Soldat, niemals hinter der Front. Aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, hatte er das Klassenbewußtsein des Proletariats, das ihn nie verlassen, in allen Krisen des politischen Kampfes. In seine Jugend fällt das politische Erwachen der deutschen Arbeiterklasse, es begann der Emanzipationskampf des Proletariats; er betrachtete ihn besten Auges, und seine Partei war gewonnen. Er bildete sich und trat ein in die kämpfende Arme. — Er hat gekämpft mit Schrift und Wort, als Agitator, als Organisator, als Lehrer, als Führer! Das Bild der Kraft, Kühn, wüthig, voll Humors und voll Leidenschaft — das Ideal eines Volkstribuns, eines Volkserleuchteters. Seine Rede war wie ein Gewitter! Erfrischend und leuchtend dem Freund. Und wie ein Gewitter ging sie auf die Gegner nieder! Und er ist nicht mehr!

Er hatte den schönen Soldatentod. Nicht den des Soldaten, der auf Schlachtfeld gewonnen wird und dem Molooh erliegt — nein, aus eigener Wahl ging er in den Kampf, lennend die Gefahr, den Feind nicht zählend — ein Soldat der Pflicht. Inmitten des Kampfes fiel er, kämpfend. Er sah für die Gewaltig gebaut, und er ist noch nicht 50 Jahre alt geworden. Ja, der Dienst der Partei weilt einen erschreckenden Gebrauch von Kräften und Leben auf. Ja, der Dienst der Freiheit ist ein harter Dienst. Wenden wir nur einen Blick auf die französische Revolution. Ingenbüliche Potentatöpfe sehen wir zu anfang auftreten, und nach drei, vier Jahren sind sie grauhaarig, mit dem Ansehen von Greisen. Ein Jahr zählte dort für zehn Jahre ruhigen Lebens! So auch in unserem Kampfe. Wenn wir zurückblicken in der Geschichte unserer Partei, so sehen wir eine erschreckend lange Linie von Leichensteinen. Ich will nur wenige nennen: Bracke, Geib, Marg, Kayser, Kräder, Reinders. Meist in der Blüthe der Jahre gingen sie hin. Jeden Tag lesen wir neue Namen von Opfern, alle jung, in den 30er, 40er Jahren! Eugels und Johann Philipp Becker, sie sind ziemlich die einzigen, die ein hohes Alter erreicht haben, fast alle anderen aber sind in der Jugend gestorben. So rasch werden die Kräfte abgenutzt in diesem aufreibenden politischen Kampfe. Dieser Wiese, noch nicht 50 Jahre alt, hätte noch Jahrzehnte gelebt, wenn er nicht in diesem Kampfe aufgerieben worden wäre.

Paris, 25. Oktober. Die Deputirtenkammer zog einen Antrag Roy's, nach welchem fingirte Geschäfte in landwirthschaftlichen Produkten bestraft werden sollen, in Erwägung.

— England. London, 24. Oktober. Die Bimetallistenliga hat an den Schatzkanzler ein Schreiben gerichtet, in welchem die Denkschrift, welche die Monometallisten der City am 13. d. M. dem Schatzkanzler unterbreitet haben, einer Erörterung unterzogen werden. Die Bimetallistenliga, welche der Ansicht ist, daß die Rückkehr zur freien Prägung von Silber-Rupien mit durch internationale Uebereinkommen gesicherten Parisaufstände des Wechselfußes die richtige Lösung der Währungsfrage ist, hält die Einführung des Goldstandards in Indien für unthunlich.

An der Ausschlußlosigkeit der bimetallistischen Bestrebungen würden diese und andere Reklamationen der internationalen Krende und Kardorff nichts mehr ändern können.

— Italien. Rom, 23. Oktober. Der „Italia“ zufolge wird die Regierung bei Eröffnung der Kammer zwei Gränzbücher zur Vertheilung gelangen lassen, eines über den griechisch-türkischen Krieg und das andere über Afrika.

— Spanien. Madrid, 24. Oktober. Meldungen aus Havana zufolge werden dort zu Gunsten des Generals Weyler gegen die Regierung Kundgebungen vorbereitet. Weyler telegraphierte, daß er dieselben zu verhindern gedenke.

Der „Imparcial“ meldet telegraphisch aus Havana, die Partei der Intendanten sei entschlossen, trotz der gegenwärtigen Befehle zu Gunsten Weyler's Kundgebungen zu veranstalten; die Gegner der Autonomie suchten der Thätigkeit Blanco's Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die militärische Lage sei die gleiche wie seit einem halben Jahre, die Operationen kosteten 40 000 Soldaten seien erkrankt. Die Finanz- und Handelslage sei sehr übel. Die Regierung hat nachdrückliche Mahnungen getroffen, um einen etwaigen Zusammenstoß in Havana bei Gelegenheit der Abreise Weyler's zu verhindern; Weyler erhielt den Befehl, die Ankunft Blanco's zu erwarten.

Die dem General Blanco gegebenen Instruktionen umfassen zwei Theile. Im ersten erkennt der Minister Moret an, daß die Militärische Aktion ausschließlich von den Entschlüssen des Generals abhängig sei, aber er empfiehlt demselben, auf eine Befestigung der Lage der Truppen und der ihnen hilselichenden Einwohner bedacht zu sein, damit die letzteren ihr Eigenthum besser verteidigen können. Der zweite Theil enthält die Grundzüge für die Umwandlung der Insel in einen autonomen Landes-theil. Hierzu würde man an alle Parteien, welche vor dem Mutterlande gleich seien, appelliren müssen, aber das Werk der Umwandlung nicht denen anvertrauen dürfen, welche dasselbe angegriffen hätten. Dies würde heißen, die Verantwortlichen des Mutterlandes beleidigen. — Der Minister werde die Verwaltungsbeamten nicht mehr von Madrid aus ernennen. Das Regime, welches der Presse gegenüber zu beobachten sei, müsse energisch ohne Willkür sein.

Die Regierung wird morgen dem Gesandten der Vereinigten Staaten eine Note überreichen lassen, in welcher sie dagegen protestirt, daß die Unionregierung nicht die jüngsten Fibustier-Expeditionen verhindert habe.

— Amnestie für politische Flüchtlinge und Fahnenflüchtige in Spanien. Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die spanische Regierung allen in Frankreich lebenden spanischen Staatsangehörigen, welche bisher wegen politischer Vergehen oder wegen Fahnenflucht verfolgt wurden, die straflose Rückkehr nach Spanien zugesichert, sofern sich dieselben zum Eintritt in den Heeresdienst bereit erklären. Sämtliche spanische Konsulate Frankreichs sind angewiesen, den sich hierzu Meldenden freie Fahrt und Verpflegung bis zur nächsten spanischen Gattisoukadt oder zu einem der spanischen Häfen zu gewähren. Die Zahl der in Frankreich lebenden Spanier, die in den letzten zehn Jahren, nachdem sie zum Militärdienst ausgehoben wurden, sofort über die französische Grenze eilten, wird auf wenigstens 30 000 berechnet, wozu vielleicht noch 10 000 Deserteure und sonstige Flüchtlinge kommen. Würde demnach von dieser Zahl nur der dritte Theil von der Amnestie Gebrauch machen, so wäre für die spanische Regierung das jegliche Aushebungsgeschäft zur Verklärung der Truppen auf Cuba und den Philippinen wesentlich erleichtert; jedoch dürfte nach der Meinung der Madrider Blätter der Erfolg dieser Maßregel kein allzu bedeutender sein.

— Türkei. Konstantinopel, 24. Oktober. Bisher sind alle Artikel des anhängigen Friedensvertrages angenommen worden mit Ausnahme der Konsularkonvention und der Behandlung der Prozesse zwischen türkischen und griechischen Unterthanen seit der Kriegserklärung. Die griechischen Delegirten verlangen vor der Annahme der redigirten Artikel 3 und 8 die Natur der Konsularkonvention kennen zu lernen, die türkischen Delegirten sind anderer Ansicht. Die griechischen Delegirten besuchen heute die Wochensitzung, um über diese Differenzen zu beraten.

Millionen trauern um ihn. Nicht in Deutschland allein, auch im Ausland. Das sei den Hinterbliebenen zwar kein Trost, aber Linderung des Schmerzes.

Über er ist nicht todt! In der Natur geht keine Kraft verloren. Nein, Freund, Du bist nicht todt, Du lebst in unserem Herzen, Du lebst in uns, Du lebst in Deinen Werken!

Es ist auch nicht die letzte Ehre, die wir Dir erweisen! Du wirst geliebt und geehrt sein, so lange das Volk ein Gedächtniß hat und Dankbarkeit fühlt für seine Vorkämpfer. Und die beste Ehre ist: daß wir Dir, der Du wie ein leuchtendes Beispiel uns vorangegangen bist, nachfolgen, daß wir kämpfen wie Du gekämpft hast, daß jeder von uns doppelt seine Kräfte anspannt, um die Lücke zu füllen, die der Tod uns gerissen hat, indem er Dich wegtrafte. Das geloben wir Dir!

In wenigen Minuten, braver Freund, unvergesslicher Kampfgeselle, wird Dein Körper den Elementen zurückgegeben sein, aus denen er entstanden ist. Dein Geist aber, das Bild Deiner gewaltigen und doch so liebreichen Persönlichkeit leben in uns fort. So lange es Kämpfer giebt für die Befreiung des Proletariats, der Menschheit, so lange wird auch Dein Name leben: Karl Grillenberger!

Genosse Eberhardt, Ludwigsbafen, neben Grillenberger, Obwieslein und Scherm der Vertreter Münbergs im bayerischen Landtage, sprach im Auftrage der Landtagsfraktion dem Fraktionsgenossen seinen tiefempfindlichen Abschiedsgruß:

Es war eine der traurigsten Pflichten, die mir während meiner 25-jährigen Parteithätigkeit übertragen wurde, als mich die bayerische Landtagsfraktion beauftragte, den vor uns liegenden Genossen zu seiner letzten Ruhestätte zu begleiten. Wer von Ihnen fällt nicht das Entsetzliche, daß wir in den letzten Tagen durchgemacht: am Morgen sehen wir den Freund neben uns in der Blüthe seiner Kraft sein Bestes einbringen für die Partei, und am Nachmittag ist er uns plötzlich, wie durch einen Blitzschlag, von der Seite gerissen. Und als ich ihm wenige Stunden später die Augen zudrückte, da wußte ich, da empfand ich, was uns nunmehr fehlt. Unser alter Freund Liebknecht hat eben die Hoffnung ausgedrückt, daß wir die Lücke bald schließen werden, die der Tod unseres Freundes gerissen hat: ich hege die Furcht, daß uns das in absehbarer Zeit leider nicht gelingen werde! Wer wie ich so lange mit ihm gearbeitet, wer wie ich gesehen, was er geleistet, im Landtage, im Reichstage, allüberall im Land und im Reich — der weiß, wie schwer ersehbar unser Grillenberger ist. Und der geistige Trauerzug durch München hat uns gezeigt, daß sein Wirken kein fruchtloses war, hat uns die Liebe, die Achtung gezeigt, die der Verstorbene überall genossen. Noch während, noch ergreifender war der Empfang, den unserem Trauerwagen bei unserer Durchfahrt die Münberger Genossen bereiteten: auf Wegen und Stegen standen sie, rußgeschwärt von der Arbeit,

Partei-Nachrichten.

Genosse Singer schreibt uns: Die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen scheint nicht zur Ruhe kommen zu sollen. Nachdem der Parteitag in Hamburg über das „ob“ und „wie“ der Beteiligung entschieden hat, beginnen die Ansatzer der Beteiligung ihre Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck zu bringen, daß der Parteitag nicht beschloffen hat, die bürgerliche Opposition bei den Wahlen durch Einfließen in ihre Reihen zu unterstützen. Die „Viefelder Volkswacht“, die „Rheinische Zeitung“ und das „Hamburger Echo“ plädieren mit großem Eifer und heftigem Bemühen dafür, daß das Verbot von Kompromissen und Bündnissen mit anderen Parteien nicht davon abhalten dürfe, bei den preussischen Landtagswahlen, ohne Aufstellung von eigenen sozialdemokratischen Wahlmannskandidaten, sofort für die Wahl oppositionell-bürgerlicher Wahlmänner zu stimmen. Die „Viefelder Volkswacht“ hat den Genossen Kuer um Auslegung des Hamburger Beschlusses gebeten und dieser hat ganz im Sinne des seine Hülfe heischenden Partei-Organisator. Mehrfach ist in diesen Meinungsäußerungen auf meine bei der Abstimmung über die bekannte Resolution Bebel gemachten Bemerkungen Bezug genommen, und diese Thatsache giebt mir wohl das Recht, einige kurze Bemerkungen zur Sache zu machen.

Auf eine Erörterung der Frage, ob die Auslegung eines Parteitag-Beschlusses durch den Vorsitzenden für die Partei bindend sei, lasse ich mich nicht ein, obgleich der Umstand, daß der Antragsteller ausdrücklich der Auffassung des Vorsitzenden beitrug und auf dem Parteitage hiergegen keinen Widerspruch laut wurde, gewiß zu der Auffassung berechtigt, daß der Parteitag die Ansicht des Vorsitzenden und des Antragstellers — der gewöhnlich als der berufene Interpret eines Antrages gilt — zugestimmt hat. Uebrigens handelte es sich in diesem Falle überhaupt nicht um eine Auslegung des Beschlusses durch den Vorsitzenden, sondern um die Deklaration des Beschlusses, welche der Parteitag selbst auf Anfrage des Vorsitzenden vorgenommen hat. Diese Frage ist auch gegenüber dem klaren Wortlaut und dem noch klareren — durch die Diskussion gezeigten — Sinn des Beschlusses ganz nebensächlich.

Was bezweckt das Kompromiß- bzw. Bündnisverbot? Der Parteitag will, daß bei der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen der Standpunkt des Klassenkampfes nicht verwischt oder gar verlassen wird. Das braucht nicht zu geschehen, wenn die Partei nur sozialdemokratische Wahlmänner aufstellt, muß jedoch eintreten, wenn die Parteigenossen sofort für bürgerlich-oppositionelle Wahlmänner stimmen. Das ist ja eben der große Unterschied zwischen den beiden Richtungen; die Einen sagen: Auf jeden Fall wählen, und zwar, weil wir selbst keine Abgeordneten durchbringen können, soll bürgerlich-oppositionell gewählt werden. Die Andern sagen: Soll gewählt werden, glaubt man die Schwierigkeiten der öffentlichen Stimmabgabe, des Zeitverlustes und des Dreifach-Wahlsystems überwinden zu können, dann darf der Klassenstandpunkt der Partei nicht preisgegeben werden, dann muß — soweit dies möglich ist — die Landtagswahl unter denselben Voraussetzungen und Bedingungen vorgenommen werden, wie die Reichstagswahl. Das und nichts anderes kann der Sinn des Parteitag-Beschlusses sein. Denn das Amendement Mittag verlangt nicht nur das Verbot von Kompromissen, sondern lautet: Zu Punkt 2 der Resolution Bebel hinzu zusetzen: „Kompromisse u. s. w. dürfen nicht abgeschlossen werden. Alles andere noch folgende soll gestrichen werden.“ Dieses Amendement infusiv des Ichens Sages wurde mit erheblicher Majorität angenommen, und damit die Aktionsvorschlüge Bebel's abgelehnt und vollkommen reiner Tisch geschaffen. Ich wundere mich, daß jetzt überhaupt noch die Frage des „Wie“ diskutiert wird. Es giebt nach meiner Meinung jetzt gar keine andere Taktik, als die, welche die Partei bei den Reichstags-Wahlen einnimmt. Diese Taktik beantwortet zugleich auch die „Preisfrage“ des Genossen Kuer. Es wird gewählt, wo die Verhältnisse es ermöglichen. Die Entscheidung darüber, in wie weit eine Beteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, treffen die Parteigenossen der Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Da Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien nicht abgeschlossen werden dürfen, so müssen unsere Genossen, da wo sie sich beteiligen — entsprechend der Taktik bei der Reichstags-Wahl — eigene Wahlmänner-Kandidaten aufstellen — kommt es hierdurch bei den Urwahlen zur Stichwahl zwischen bürgerlichen Parteien — dies die Antwort auf die „Preisfrage“ — so stimmen unsere Genossen in der engeren Wahl für diejenigen Wahlmannskandidaten, die sich verpflichtet haben, nur solche Männer zu Abgeordneten zu wählen, welche unsere für die Reichstags-Wahl geltenden Bedingungen erfüllen. Dies wäre der erste Teil des Wahlgeschäfts. In dem Wahlmannskörper würde es ebenso gehen. Zunächst eigene Abgeordneten-Kandidaten, bei Stichwahlen die sozialdemokratischen Stimmen für die Kandidaten, die sich auf unsere vom Parteitag festgesetzten Bedingungen verpflichten. Da nicht alle Punkte für den preussischen Landtag in Frage kommen, so würden die nur den Reichstag berührenden Punkte auscheiden können. Am besten würde es übrigens wohl sein, wenn die Parteileitung diejenigen Bedingungen feststellte, unter denen bei Stichwahlen — gleichgültig ob bei Wahlmänner- oder Abgeordnetenwahlen — zum preussischen Landtag sozialdemokratische Stimmen für gegnerische Parteien abgegeben werden dürfen. Auf diese Weise würde der Klassenstandpunkt unserer Partei aufrecht erhalten, der

Agitation für unsere Ziele ein neues Feld eröffnet, und der Hamburger Beschluß ausgeführt werden können.

Wenn das dem Genossen Kuer und der von ihm vertretenen Richtung zu wenig ist, so läßt sich eben, wenn wir bei den Landtagswahlen nicht als Partei abtun wollen, nicht mehr erreichen. Daß bei der Beteiligung keine Wahlerfolge für uns herauszuspinnen können — diese Ansicht habe ich von Anfang an vertreten, aber das ist nicht die Schuld derer, die auch bei diesen Wahlen die Fahne der Partei nicht zusammengebrochen lassen wollen, sondern die Schuld des Wahlsystems, welches das arbeitende Volk ausschließt von der selbständigen Wahlbeteiligung. Kuer meint, wir unterliegen durch die oben erläuterte Beteiligungsart indirekt die Reaktion sowie das Agitar- und Schlotjunkerthum. Das ist nicht richtig. Entweder die Reaktion versagt bei den Urwahlen über die Mehrzahl der erschienenen Urwähler, dann ist's gleich, wie unsere Genossen gestimmt haben. Oder wir bringen es zur Stichwahl, dann kann die bürgerliche Opposition unter bestimmten Bedingungen auf die sozialdemokratischen Stimmen rechnen. Ebenso bei den Abgeordnetenwahlen, soweit sozialdemokratische Wahlmänner in Betracht kommen. Also ich bleibe dabei: Will die Partei auch bei den Landtagswahlen als die politische Organisation der Arbeiterklasse auftreten — und ein anderes kann und wird die Sozialdemokratie nicht wollen — dann dürfen wir nicht als Schutztruppen des Freisinn ins Feld rücken, sondern müssen unter unserer eigenen Fahne und unter unserer eigenen Fahne in den Wahlkampf ziehen.

Zu der West-Brigade vertriebenen Berliner und Wittenberger Parteigenossen am Sonntag 20.000 Flugblätter zur Reichstags-Wahl, die nächsten Freitag vor sich geht. Ueberall wurden, wie man uns schreibt, unsere Genossen gut aufgenommen und nur eine Stimme herrschte unter den Leuten: den Konservativen u. Salbern-Plattentag nicht zu wählen, so daß unsere Genossen es nicht für ausgeschlossen halten, daß wir in die Stichwahl kommen. Leider ist es uns nicht gelungen, in dem Kreise (außer Wittenberge) einen Saal zu beschaffen, um die Wahlmänner zu erhalten. Bei mehreren Wirthen ist wohl der gute Wille vorhanden, aber der Druck von Oben läßt die Ausführung nicht zu. Den gegnerischen Parteien wird nichts in den Weg gelegt; sie haben den Vortheil, überall Versammlungen abhalten zu können, wo sie über die Sozialdemokratie herfallen, ohne daß unsere Genossen in der Lage sind, die Angriffe abzuwehren. Daß die freisinnige Volkspartei betrifft, so läßt diese in den Versammlungen zweierlei Taktik. In der Städte hält sie sich unserer Partei gegenüber ziemlich reservirt, auf dem Lande dagegen bekämpft sie uns in nicht weniger als nobler Weise. Die Freisinnigen hegen wahrscheinlich schon die Hoffnung, mit den Konservativen in die Stichwahl zu kommen und dann mit Hilfe der Sozialdemokratie in den Reichstag einzuziehen.

Eine am Sonnabend Abend in Wittenberge abgehaltene Versammlung, wo Reichstags-Abgeordneter Stadthagen sprach, war von circa 1000 Personen besucht, die den Worten des Referenten begeistert Beifall spendeten und für die Wahl unseres Kandidaten Hinge aus Tangermünde agitatorisch einzutreten und zu stimmen versprochen. Donnerstag Abend wird in einer Versammlung in Wittenberge noch Reichstags-Abgeordneter Kuer sprechen.

Aus der Redaktion der „Brandenburger Zeitung“ scheidet Ende dieser Woche der Parteigenosse Koste aus, um die Redaktion der dreimal wöchentlich erscheinenden „Königsberger Volkstribüne“ zu übernehmen. Die „Brandenburger Zeitung“ hebt hervor, daß ihr mit Koste's Scheiden ein tüchtiger Mitarbeiter und der Partei im Kreise und den Gewerkschaften ein unermüdlicher Agitator verloren geht.

Eine Parteiverammlung in Kassel stellte als Kandidaten für den Reichstag einstimmig den Genossen Buchdänder Dr. Friedrich auf und betraute den Genossen G. Garbe wiederum mit dem Amte des Vertrauensmannes. Mit dem Verhallen des Delegirten auf dem Hamburger Parteitage erklärte sich die Versammlung einstimmig einverstanden.

Eine Provinzialkonferenz für Hessen-Rhassau, die erste, die dort abgehalten wird, ist am Sonntag, den 14. November, vormittags 11 Uhr nach Wiesbaden in das Lokal von Orbig, Rittergasse, einberufen. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Unsere Stellung zu den bevorstehenden Kommunalwahlen nach der neuen Stadt- und Landgemeinde-Ordnung für Hessen-Rhassau, Referent Genosse Hoch aus Danau; 2. unsere Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen, Referent Genosse Dr. D. u. a. r. d. aus Frankfurt a. M.; 3. Organisation.

Aus Leipzig. In zwei öffentlichen Versammlungen des Vereins sozialdemokratischer Frauen und Mädchen des 12. und 18. sächsischen Reichstags-Wahlkreises — abgehalten am 19. Oktober im „Thüringer Hof“, Volkmarstraße, und am 20. Oktober im „Felsenfestel“ in Plagwitz — wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung bedauert, durch die gesetzlichen Bestimmungen und die reaktionären Zeitläufte gehindert zu sein, das über Liebkecht verhängte Verbot nach Gebühr zu kennzeichnen. Sie spricht Genossen Liebkecht und seiner Familie ihre Sympathie aus und versichert dem unermüdeten Vorkämpfer des Proletariats, seinem Beispiel folgend, stets opferfreudig für die Ziele der Sozialdemokratie zu kämpfen.“

Postzeitliches, Gerichtlichliches etc. — Damit der würdigen Feier bei der Beerdigung Grillenberger's in Gotha der Polizeistempel nicht fehle, hatte die Gothaer Polizei auch Stenographen in die Bestattungshalle

geschickt, um die Abschiedsreden aufnehmen zu lassen. Und der Bürgermeister von Gotha soll schwere Sorge darum getragen haben, daß der Leichenzug nicht den Charakter einer politischen Demonstration annehme.

Eine Parteiverammlung in Breslau beschloß nach dem Bericht des Parteitage-Delegirten Bruns mit großer Mehrheit eine Resolution, worin sie sich mit den Beschlüssen des Hamburger Parteitage einverstanden erklärt, mit Ausnahme des Beschlusses über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, der, insofern er Bündnisse mit anderen Parteien unbedingt verbiete und die Stimmenabgabe für freisinnige Wahlmänner in jenen Wahlkreisen untersage, wo unsere Partei sich nicht selbständig beteiligen kann, insofern und praktisch unburchführbar sei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Au die Gewerkschaften Berlins!

In unserem Rechenschaftsbericht für die Zeit vom Januar bis Juli 1896 wird in dem Bericht über den Streit in der Konfektionsindustrie hervorgehoben, daß die von der lokalen Richtung für den Konfektionsarbeiterstreik gesammelten Gelder nicht an die Gewerkschaftskommission abgeliefert sind, trotzdem noch eine Anzahl Opfer der Bewegung zu unterliegen waren. Die Verwendung dieser Gelder, hieß es dann weiter, entzieht sich daher unserer Kontrolle. Die Gewerkschaftskommission, der Unparteilichkeit wegen mit der Abrechnung betraut, hat von jener Richtung bis heute noch keine Abrechnung über die damals gesammelten Gelder bekommen.

In einer von Frau Gabela, die damals zu den Führern jener Richtung gehörte, abgehaltenen Versammlung ist kürzlich beschlossen worden, Agitationskarten einzuführen. Auf Grund unserer Erfahrungen und Beobachtungen von damals müssen wir die Arbeiter-Schaft Berlins und der Vororte vor derartigen unkontrollierbaren Sammlungen hiermit warnen, da vielleicht sich dasselbe wiederholt bei Anlässen, wo Einzelpersonen Gelder sammeln.

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Achtung, Möbelpolier! In der Werkstatt von Wenzel Nachfolger, Wesseler 14, wurden 2 Kollegen gem-fregelt. Wir bitten, diese Werkstatt bis auf weiteres zu meiden. Die Sach-Kommission.

Deutsches Reich.

Achtung, Steinseher! Bei der Firma Müller u. Wagner in Görlitz infolge Lohn Differenzen ein Streik ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Der Verband reichstreuere Bergarbeiter des niederschlesischen Grubenvereins hat, wie aus Waldenburg berichtet wird, beschlossen, bei der Grubenverwaltung um Lohnerhöhung einzutreten.

Ausland.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Das Hauptinteresse konzentriert sich jetzt auf die Frage: Werden die Parteien die Vorschläge des Handelsamtes (in unserer Sonntagsnummer bereits veröffentlicht) annehmen, bezw. werden sie sich wenigstens auf Unterhandlungen einlassen? Die „Daily Chronicle“ mittheilt, haben die Komitees beider Parteien bereits über die Einigungspunkte berathen, halten das Resultat aber geheim. Eine „Derob“-Depesche will wissen, daß John Burns den Arbeitern gerathen hat, die vorgeschlagenen Konferenzen anzunehmen.

Die ganz anders die englische Geistlichkeit zu den wirtschaftlichen Kämpfen Stellung nimmt und nehmen darf, ohne fürchten zu müssen, gem-fregelt zu werden, geht aus einem Schreiben hervor, welches „Daily Chronicle“ von einem der bekanntesten Kanzlerredner Londons, dem Kanonikus Scott Holland erhebt und welches lautet: „Bitte, das Eingeschlossene an den Schatzmeister des Gewerksvereins der Maschinenbauer abzugeben. Ich kann natürlich kein Urtheil über die freitigen Punkte abgeben, aber meine Ueberzeugung will ich nicht verhehlen, daß Gewerksvereine eine Lebensfrage für die Wohlfahrt der Arbeiter sind und daß Vermittelung seitens des Staates moralisch obligatorisch ist, wenn ein industrieller Konflikt den Umfang und den Ernst der jetzigen Arbeitssperre erreicht hat.“ Ganz ähnlich schreibt Kanonikus Barnett, der gleichfalls Geld schickt: „Ich glaube, daß für das nationale Leben gefährliche Kräfte zur Macht gelangen, sobald man die Gewerksvereine sich zu Tode bluten läßt.“

Genosse Liebknecht erhielt nachstehendes Schreiben:

London, 22. Oktober 1897. Genosse! Bitte übermitteln Sie durch den „Vorwärts“ und andere Ihnen zur Verfügung stehende Organe unsern wärmsten Dank für die uns von den deutschen Arbeitern in unserem Kampf geleistete Hilfe. Die Sache der internationalen Zusammengehörigkeit ist berührt worden und die gemeinsame Sache wird, als Ergebnis dieses Kampfes, gefördert werden. Deutschland ist uns näher gebracht worden und die hochherzige Art, in welcher die Holzarbeiter, die Metallarbeiter, die Buchdrucker und andere Arbeiter Deutschlands auf unsern Appell geantwortet haben, wird von den englischen Arbeitern nie vergessen werden. Die Arbeitgeber haben, indem sie uns zum Kampf zwangen, mehr für den Fortschritt der Sache, an der wir theilhaftig sind, gethan, als wir während vieler Jahre ruhiger Arbeit hätten thun können. Ich hege die feste Ueberzeugung, daß, nach Beendigung dieses Kampfes, die englischen und deutschen Arbeiter sich eng an einander geschlossen haben. Die angelegentlichsten Beziehungen müssen aufrecht erhalten und die Arbeiterbewegung in England und die in Deutschland in einander und dauerndes Bundesverhältnis gebracht werden. Der Tod unseres Genossen Grillenberger hat uns tief betrübt, und wir sprechen seinen trauernden Hinterbliebenen unser tiefstes Beileid aus. Wir wissen, was er für die deutschen Arbeiter gewesen ist und wir hoffen, daß andere durch sein Beispiel angeregt werden, so daß das Gute, was er that, nach ihm fortlebe. Den deutschen Metallarbeitern sowie auch allen anderen Genossen und Freunden in Deutschland übermittle ich hiermit die brüderlichen Grüße aller britischen Metallarbeiter. Der Jhrige und der Sohn der Arbeit: Geo. N. Barnes.

Dies der Brief. Er zeigt, wie dieser, von den englischen Unternehmern frivolo vom Hund gebrochene Streit der Sache der Arbeiter und der Internationalität mächtigen Vorschub leistet.

Die wichtigste Stelle des Briefes sei im englischen Original hergeleht:

The connections formed must be maintained and the movement in England and on the Continent brought into close and permanent alliance. Die angelegentlichsten Beziehungen müssen aufrecht erhalten und die Arbeiterbewegung in England und in Deutschland muß in ein enges und dauerndes Bundesverhältnis gebracht werden. Das Original sagt sogar noch mehr. Es spricht nicht bloß von einem Bundesverhältnis, sondern direkt von einem Bund, einer Allianz (alliance).

Das ist ein schwerwiegendes Wort, das eine Epoche in der internationalen Arbeiterbewegung angeht. Ein Bund der englischen Arbeiter mit den Arbeitern des Festlandes ist ein Ereignis von ungleich höherer kultureller und politischer Bedeutung als der Freibund und der Zweibund unserer Zustandsmänner zusammen-

Depeschen und letzte Nachrichten.

Cherbourg, 25. Oktober. (M. Z. B.) Mehrere Tonnen Pulver, welche in einem Schiffe in der Nähe der großen Waale eingelagert waren, explodirten heute Nachmittag unter heftigem Knall. Die Erschütterung wurde in der ganzen Stadt verspürt und erzeugte eine lebhaft Panik.

Konstantinopel, 24. Oktober. (Frankf. Stg.) In Jonina wurden durch den türkischen Gerichtshof von 16 griechischen Geistlichen fünf zum Tode und zehn zu zwanzigjähriger Zwangsarbeit wegen Hochverrats verurtheilt. Der östliche Patriarch unternahm wegen Milderung des Urtheils beim Sultan persönlich Schritte.

und über die harten, sorgendurchfurchten Gesichtser Koffen die Thränen der Trauer über ihren Ichno so sehr entrüsteten Freund, Genossen, Berater und Vorkämpfer! Trauerer Freund, wir danken Dir, Du warst unser Lehrer, unser Freund, was wir thun können, Dein Werk fortzuführen, zu vollenden, das werden wir thun, das gelobe ich an Deiner Sarge!

Für die Gothaer Genossen widmete Genosse Wolf dem verstorbenen Freunde ein kurzes Erinnerungswort:

Wenn das Wort, von den Todten nur Gutes zu reden, irgendwo angebracht, so hier bei diesem Todten, dessen Charakter, dessen treue Liebe und Hingebung für die Sache der Arbeiter ihm die Herzen des deutschen Proletariats erobert hat, deren große Trauer jetzt in so tiefer Lage Ausdruck findet. Auch ich gehörte zu seinen Freunden! Wahrheitsliebe, rastloser Fleiß, Wiederkeit, Intelligenz ohne jede Ueberhebung, offene rücksichtslosige Aussprache der gefundenen Wahrheit, oft vielleicht in harter Form, immer in bester Absicht — das war der Grundcharakter seines Lebens. Da waren natürlich auf seinem Pfade nicht bloß Blumen gestreut; wie wir alle mußte auch er erfahren, daß nicht bloß die natürlichen Gegner ihn befeindeten, sondern daß auch verlegende Heile wider ihn abgehandelt wurden aus den Reihen derer, für deren Sache er sein Lebenlang eintrat. Aber der Glaube an die Zukunft, an die Erfüllung seines Ideals ließ ihn das ertragen. Und so stand er fest, bis der Tod seinem Wirken ein Ziel setzte. So nehmen wir Gothaer Genossen denn heute von ihm Abschied, wir werden das Andenken dieses wackeren, kampferprobten Genossen in Ihren halten, und solange sozialdemokratische Herzen schlagen, wird sein Namen im Gedächtniß des Volkes leben!

Die Reden waren verklungen, da begann leise und harmonisch das weiche Lied zu erklingen: Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben! Und als der Refrain erkante, da senkte sich der Sarg in die Gruft hinab und die Flammen zehrten auf, was sterblich war!

Erschüttert und schweigend verließen wir die Halle, den Friedhof. Milder Abendsonnenschein und weiche Herbststimmung lagerten über den Thälern und Höhen des Thüringer Landes; in angelegten Freundesgruppen leiteten wir zur Stadt zurück, nur einen Gedanken erörternd: wie lieb er uns gewesen, wie prächtiger Mensch, wie guter Kamerad, welcher Stolz für die Partei, die die Besten an sich zieht und sie so rasch verbraucht.

Die Partei ist so schnell gewachsen, der Schnitter Tod hält unter den Besten und Ersten grausame Ernte, es wird Zeit, daß die nachwachsende Jugend die Lücken füllt.

Ueber die Gedächtnisfeier, die die Parteigenossen Nürnberg's am Sonntag Vormittag in den Zentralrälen abhielten, wird uns von dort mitgetheilt:

Schon in den frühesten Morgenstunden waren die Straßen ungewöhnlich belebt. Bereits 2 1/2 Stunden vor dem Beginn der Feier hatten sich Tausende in den Sälen eingefunden, um 1/2 Uhr war kein Plätzchen mehr frei und über eine Stunde lang jagen schier endlose Massen aus allen Straßen nach dem Versammlungsort. Auf der Bühne derselben prangte unter einem Baldachin aus rothem Stoff das Bildniß Grillenberger's, umgeben von Palmen und Lorbeerzweigen. Mit einem Trauermantel und dem Kelch des Liedes: „In des Friedhofs stillen Hallen“ wurde die Feier eingeleitet, worauf Genosse Seelig die Gedächtnisrede hielt. Am Schluß derselben sagte er: Grillenberger hat ein Alter von nicht ganz 50 Jahren erreicht, er selbst glaubte es auf 80 Jahre zu bringen. Hier zu sagen, was uns Grillenberger als Freund, als Lehrer gewesen ist, dazu fehlen mir die Worte. Unersehlich ist er allen Grillenberger hat einen Tod gefunden, wie ihn schäner sich kein Streiter für des Volkes Sache wünschen kann. Er fiel mitten im Kampfe, auf dem Felde der Ehre. Ein herber Verlust für die Familie des Heimgegangenen, für seine Freunde, für die Parteigenossen Bayerns, speziell für die Nürnberger Arbeiter. Die Nürnberger Genossen stehen jetzt vor einer schweren Aufgabe. Der Mund, schweigt, der uns mit so herrlichen Worten für die Volkssache zu begeistern wagte, der klare Blick, der immer läuth vorwärts streitenden Führers fehlt, der Arm ist erlahmt, der die scharfe Klinge gegen den Gegner führte. Mit doppelt Eifer muß jetzt jeder Genosse und jede Genossin für die Verwirklichung der Grundfahne eintreten, die den Lebensinhalt des uns Entschlafenen bildeten. Jetzt können wir auf niemanden verzichten; wir haben nicht nur zu verteidigen, was wir unter Grillenberger's Führung errungen haben, sondern auch neue Erfolge müssen errungen werden. Vorwärts, immer vorwärts! war unseres Freundes Lösung, wir wollen sie beibehalten; in diesem Zeichen wollen wir weiterkämpfen.

Tiefbewegt hörten die Massen die Gedächtnisrede an, kein Auge blieb trocken. Die Trauerfeier wurde mit dem Liede: „Ein Sohn des Volkes will ich sein und bleiben“ geschlossen. Würdig und ohne jeden Zwischenfall verlief die Kundgebung, wie sie so großartig Nürnberg noch nicht gesehen hat.

Größte Enttäuschung erregte es unter der trauernden Arbeiterschaft, daß der freisinnige Magistrat Nürnberg's zwei Beamte zur Ueberwachung der Feier geschickt hatte.

Communales.

Bei der unter der Verwaltung des Magistrats stehenden Stadtkassaplatze, Einziehungsabteilung, welcher hauptsächlich die Einziehung, Annahme und Verrechnung von Erstattungen auf Unterstützung aller Art, auf Verpflegung, Kur- und Beerdigungskosten für die städtischen Krankenhäuser und Irrenanstalten, für die Heimstätten für Genußlose, für nicht städtische Gefangenanstalten u. s. w. obliegt, sind in dem Geschäftsjahre April 1896/97 an Einnahmen aus dem Vorjahre übernommen 704 146,12 M. Im laufenden Geschäftsjahre sind neu zur Einziehung gestellt: 2 109 905,88 M., so daß im ganzen 2 814 051,95 M. eingenommen waren. Davon sind eingegangen und auf das Soll verzeichnet 1 904 284,40 M., niedergeschlagen 181 819,86 M. und als Rest auf die neue Rechnung übertragen 727 947,69 M. Rücker obigen 1 904 284,40 M. sind noch baar eingezogen 8084,04 M., von welchen 29 998,87 M. zurückgezahlt und ferner in dem Depositenkonto der Stadt-Kassaplatze zur späteren definitiven Vereinnahmung 50 069,77 Mark verblieben sind. Den Stadtkassaplatz sind 197 755 Aufträge zur Einziehung übergeben; davon wurden 186 708 durch Zahlung von 299 742,31 M. erledigt. Durch die Post gingen 8211 Sendungen mit 412 474,12 M. ein. Direkt zur Kasse wurden 16 117 Posten mit 1 200 532,07 M. gezahlt.

In der gestrigen unter Vorsitz des Ober-Bürgermeisters Jelle stattgehabten Sitzung der Deputation für Kunstwerke wurde vom Bau- und Hofrat Kallmann die vom Hofgoldschmied H. Schaper angefertigte Präzisionsglocke und die vom Hofgoldschmied G. D. Preech hergestellte Schreibstiftgarnitur, welche bei besonderen Gelegenheiten zur Verwendung kommen soll, übergeben; Stadtbaurath Hoffmann legte sodann die Entwürfe zum Brunnen für den Löhovplatz und der Ausschmückung des Einganges am Friedrichshain vor; die Entwürfe wurden von der Deputation genehmigt. — Schilderbilder der St. Gertrud-Gruppe, welche die Betranden-Brücke schmückt, sollen zur Vertheilung an Mitglieder der städtischen Verwaltung gelangen. — Die von der städtischen Pardeputation in Vorschlag gebrachte anderweitige Ausschmückung der Herme der Freiheitssäule in Viktoriapark erhielt die Billigung der Deputation für Kunstwerke. — Die ausgehellten Hülfsmittel der Kästen der Freiheitssäule wurden dem Vorschlag des Bau- und Hofrats Kallmann entsprechend gutgeheißen. — An der monumentalen Wand des Andraasplatzes wird nach Beschluß der Deputation, abweichend von ihrem Beschlusse vom 26. Oktober 1896, ein vom Bildhauer Felderhoff entworfenes Relief-Medaillon der Verolina angebracht.

Lokales.

Parteilosen des fünften Reichstags-Wahlkreises! Nach der durch den berühmten Köller-Konjunktur erfolgten Auflösung der alten Wahlvereine gründeten die Genossen im vorigen Jahre den „Sozialdemokratischen Verein für den fünften Reichstags-Wahlkreis.“ Obwohl derselbe mit Schwierigkeiten aller Art zu kämpfen hatte, gelang es ihm doch in der kurzen Zeit seines Bestehens, eine respektable Zahl unter seiner Fahne zu sammeln; allein viel bleibt noch zu thun übrig. Eine große Anzahl ist noch vorhanden, die es glaubt mit ihren Prinzipien als Sozialdemokraten vereinbaren zu können, unorganisiert zu bleiben. Diesen kann gegenwärtig nicht dringend genug gerathen werden, ihrer Pflicht als Parteigenossen endlich gerecht zu werden. Es giebt nur ein Hüben und ein Drängen; das sollten die Genossen bedenken und ihre Handlungsweise danach einrichten.

Neben der ersten politischen Arbeit sucht der Verein aber auch dem Frohen und der Pflege der Geselligkeit gerecht zu werden. Die zwanglosen Zusammenkünfte, die allsonntäglich bei Köllig, Rosenbühlstr. 12, zu diesem Zwecke veranstaltet werden, können als in jeder Beziehung wohl gelungen bezeichnet werden. — Eine größere Festlichkeit hat der Verein für den 13. November er. vorbereitet; an diesem Tage feiert er in den Gesammträumen der Brauerei Friedrichshain (früher Spitz) sein erstes Stiftungsfest. Die Genossen und Freunde des Kreises werden es sich gewiß nicht nehmen lassen, an dem Ehrnütze des Geburtstagsfestes vollständig zu erscheinen. — Die Zahlstellen des Vereins, an denen jederzeit neue Mitglieder aufgenommen werden, also auch Wille zum Stiftungsfest erhältlich sind, sind folgende: Mertius, Landwehrstr. 11, Richter, Neue Königstr. 90, Wendlandt, Marienburgerstr. 92, Knösch, Pirnaisstr. 10, Wittchow, Kleine Hamburgerstr. 27, Schmidt, Luisenstr. 5.

Zur Statistik des Berliner Schulwesens. Nach dem jetzt erschienenen Schuldeputations-Bericht für 1896/97 bestanden in Berlin Ende 1896 (bzw. 1895) insgesamt 376 (350) Schulen mit 5193 (5082) Klassen und 257 373 (238 319) Schülern und Schülerinnen. (Der Rückgang in der Zahl der Schulen erklärt sich aus dem Eingehen einiger kleiner Anstalten, unter Aufsicht von Kirchen oder Vereinen stehender Schulen und sogenannter Kontrakttschulen.) Spezial-Gemeinschaften waren 212 (211) vorhanden, mit 3647 (3540) Klassen und 190 250 (185 690) Schülern. Auf je 1 Gemeindefschule kamen also durchschnittlich 17,2 (16,8) Klassen und 897,4 (880,0) Kinder, auf je 1 Klasse 52,2 (52,5) Kinder. Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß die allmähliche Besserung, die heißt Herabminderung der Durchschnittsfrequenz in den Gemeindefschulen, die sich vor mehreren Jahren anzubahnen begann, sich in der letzten Zeit wieder sehr verlangsamt hat. Die Zahl der Kinder pro Klasse ist allerdings weiter gefallen, aber die der Klassen pro Schule und daher auch die Zahl der Kinder pro Schule ist wieder gestiegen. Auf jene Besserung hat der Stadtschulrath Vertram — in der Absicht, die berechtigten und von unseren Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung oft erhobene Forderung einer rascheren und nachdrücklicheren Frequenzherabminderung zu widerlegen — in den letzten Jahren wiederholt hingewiesen. Die Besserung war aber nicht zurückzuführen auf bestimmte Maßregeln, die etwa getroffen worden wären, um der gesundheitschädlichen und den Unterricht hemmenden Ueberfüllung der Gemeindefschulen abzuhelfen. Sie ist vielmehr nur dadurch zu Stande gekommen, daß die Zahl der schulpflichtigen Kinder sich Anfang der 80er Jahre langsamer vermehrte, weil infolge niedriger Geburtenziffern der 80er Jahre verhältnismäßig wenig sechsjährige eintraten und gleichzeitig infolge hoher Geburtenziffern der sechziger Jahre verhältnismäßig viel 14-jährige austraten. Diese Einflüsse machen sich nun nicht mehr so geltend, weil jetzt für die austretenden 14-jährigen bereits die sinkenden Geburtenziffern vom Anfang der 80er Jahre in Betracht kommen. Die Zunahme der schulpflichtigen (6-14 Jahre alten) Kinder hat denn auch im Jahre 1896 schon wieder 4009 betragen, mehr als in irgend einem der 8 vorhergehenden Jahre. Eine weitere Steigerung der Zunahme ist für 1897 und 1898 zu erwarten, weil für diese Jahre auch noch die vordringende Zunahme der Geburtenziffer in den Jahren 1891 und 1892 ins Gewicht fällt. Die Verlangsamung, die in der Erbauung neuer Schulhäuser eingetreten ist, — die Zahl der Berliner Gemeindefschulen war Ende der Jahre 1890—96: 185, 191, 196, 201, 206, 211, 212 — dürfte sich daher bald recht spürbar machen.

Das einkünftige Ergebnis der vom kaufmännischen und gewerblichen Hilfsverein für weibliche Angestellte zu Berlin in Gemeinschaft mit einer Reihe von Geschäftsfirmen in der Reichshauptstadt veranstalteten Umfrage über den Nachhulr-Ladenschluß ist nach einer uns vom Verein zugegangenen Mitteilung folgendes: Es haben 2004 Firmen die Umfrage beantwortet. Davon treten 1428 für den Nachhulr-Ladenschluß ein, zum Teil unter ausdrücklicher Forderung gesetzgeberischen Vorgehens, 576 Firmen

erklären sich gegen den Nachhulr-Schluß. Von letzteren wünschen aber 120 einen Reumhulr-Schluß; dazu gehören namentlich die Kolonialwaarenhändler. Am regsten beteiligt haben sich die Geschäftsinhaber in den Arbeitervierteln und zwar vorwiegend in den früheren einheimischen Läden. Nur bei den Jigarenhändlern überwiegen die dem Nachhulr-Schluß gegenüber gestimmten Antworten. Ausnahmen werden hauptsächlich gewünscht für Lebensmittel-Geschäfte bis 9 Uhr, und allgemein für Sonnabend bis 10 Uhr, ferner für zwei Wochen vor Weihnachtsfesten. Das Material, das auch insofern sehr interessant ist, als namentlich kleine Geschäftsinhaber einen gleichlichen früheren Ladenschluß wünschen, soll den geeigneten Stellen übermittelt werden.

Das Ergebnis dieser interessanten Statistik ist so erfreulich und spricht so bündig für die Nothwendigkeit und Volkstümlichkeit des Nachhulr-Ladenschlusses, daß von gewichtigen Bedenken der Handelswelt gegen die geplante Maßnahme im Ernst überhaupt nicht mehr die Rede sein sollte. An dem Jögern der Reichsregierung, die von ihr selber entworfene Verordnung durchzuführen, wird man ermeffen können, wie weit diese Regierung heute im Sinne derer liegt, die grundsätzlich jede Erleichterung der Lage der Ausgebeuteten als ein Verbrechen beschreiben.

Hurra, hurra, hurra! In der im Sonntagsblatt von und wiedergegebenen Zeitung des Wortes hurra (Imperativ des russischen uranok: tödtet sie) wird und geschrieben: Die aus den Erinnerungen des preussischen Generalmajors Wille wiedergegebene Ableitung des Wortes hurra aus dem russischen „uranok“ ist eine irrige. Hurra ist ein echt deutsches Wort. Es ist der Imperativ von hurren. „Hurren“, einem onomatopoeischen (d. i. den Sinn des Wortes mit dem Ausdruck selbst wiedergebenden) deutschen Wort für: sich schnell bewegen. Beispielsweise findet sich hurren bereits im Jahre 1314 in Johann von Würzburgs Willehalm von Österreich (es heißt dort: „ros und man die hurren“, das ist Ros und Mann, die eilen). Hurra ist die von hurren abgeleitete beschleude Form: Gil Dich, auch ähnlich wie hurrr lediglich zur Besinnbildlichung des eiligen Eilenden gebraucht. So z. B. im Mittelhochdeutschen bei den Mimesängern: „wö, wer sach in rechte gän? hurra wie er lobet so man in nicht her empfeht.“ Derselbe Stamm findet sich im Englischen in hurly, Getümmel, hurry, eilig. Das Wort hurra als Ausdruck der eilenden, geschleudevollen Bewegung findet sich in der deutschen Literatur massenhaft seit Mitte des vorigen Jahrhunderts, so bei Bürger: und hurra, hurra hopp, hopp, gingt fort in laulendem Galopp, ferner in „Hurra! die Todten reiten schnell“, dann bei Soltau, Körner, in Sildebrand's Volkslied u. s. w. Hurra heißt überhaupt: schnell, spüte Dich. Allerdings ein wunderlicher Jurfur bei gewissen Ereignissen. Daß dieser Jurfur als patriotischer „Wollkommendrus“ eigenhämlich ist, beklagen die konservativen „Grenzboden“ in ihrer letzten Nummer.

Die städtische Deputation hat dem Haus- und Grundbesitzverein im Westen von Berlin auf sein Gesuch um den Bau einer neuen Brücke über den Landwehrkanal im Zuge der Köthenerstraße jetzt den Bescheid zugehen lassen, daß das Gesuch von Magistrat abgelehnt worden sei, weil derselbe zur Zeit ein Bedürfnis nicht anerkennen könne. — Ferner hat die Eisenbahn-Direktion Berlin dem genannten Verein auf seine Petition wegen Errichtung einer neuen Haltestelle der Anhalter Bahn an der Poststraße die Antwort ertheilt, daß die Anlegung einer solchen Haltestelle zur Zeit nicht in Aussicht genommen werden könne.

Der Kongreß für Volkserhaltung-Beschreibungen soll am 13. und 14. November in Bürgerhalle des Rathhauses tagen.

Zu der Verhaftung des Theaterdirektors Maurice erfahren wir, daß die Festnahme auf Grund einer Anzeige wegen Raubentzuges verfehlt sei. Als die Verhältnisse des Belle-Alliance-Theaters sich ungemein verschlechterten, suchte sich die Direktion dadurch Gelder zu verschaffen, daß sie kautionsfähige Kassierer in größerer Zahl engagierte und die Kautionsbeträge für geschäftliche Zwecke verwendete. In welcher Weise die Direktion damals arbeitete, beweist die Thatfache, daß sie bei dem Zusammenbruch des Unternehmens über sieben Kassierer verfügte.

Soldaten-Selbstmorde. In aller Stille wurde am Sonntag Nachmittag um 4 Uhr auf dem Garnisonkirchhof I in der Müllerstraße der Rekrut Liebchen von der 10. Kompagnie des Alexander-Regiments beerdigt, der seinem Leben selbst ein Ende gemacht hat. Der junge Mann, der aus Breslau kam, trat seit seinem Eintritt am 15. d. M. ein niedergeschlagenes Wesen vor. Als am Donnerstag Abend um 8 1/2 Uhr ein Barbier über den Hof der Kaserne am Kupfergraben ging, fand er ihn in einem Schuppen als Leiche an einem Nagel hängen. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. — Der Rekrut Vielholz von der 7. Kompagnie desselben Regiments, der vor einigen Tagen während der Instruktionstunde aus einem Fenster des dritten Stockes in die Hirtensstraße hinabsprang und sich beide Beine brach, ist noch am Leben und wird voraussichtlich durchkommen.

Auf der Militärbahn ist am Sonnabend der Pionier Raddatt von der 8. Betriebskompagnie des Eisenbahn-Regiments Nr. 2 verunglückt. Raddatt wollte bei einer Fahrübung vom Trittbrett des einen auf das eines anderen Wagens springen, sprang jedoch fehl und gerieth mit dem rechten Beine unter ein Wagengrad. Obwohl auf sein Hilfeschrei der Zug sofort zum Stehen gebracht wurde, so war doch schon ein Rad über das Bein hinweggegangen und hatte es zertrümmert. Der Verunglückte wurde in das Garnisonlazareth II zu Tempelhof gebracht.

Straßensperrungen. Die Spreestraße wird behufs Verlegung von Gasröhren bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, desgleichen die Paderstraße von der Wraugel- bis zur Köpenickerstraße vom 27. d. M. ab.

„Ihr laßt den Armen schuldig werden.“ Der Kaufmann Sch., welcher in einer Strafe des äußersten Norden sein „Heim“ hat, ist schon lange Zeit stellunglos und mußte er daher mit seiner jungen Frau die schwere Noth des Lebens in der rauhsten Form über sich ergehen lassen. Der Gerichtsvollzieher hatte bereits das Wohnungsmöbel verpfändet und die Noth war auf höchste gestiegen. Verzweifelt ging Ende voriger Woche die junge Frau in einen benachbarten Wädeladen, um für ihre letzten Pfennige einige Semmeln zu kaufen. Der Laden war momentan leer — und auf dem Eadentisch lag eine Selbstsumme in großen Geldstücken ausgelegt. Bei diesem Anblicke konnte das arme Weib der Versuchung nicht widerstehen, — ein Griff — und sie hatte eines der Geldstücke an sich genommen — sie war zur Diebin geworden! Die Wädelhändlerin hatte indessen den Vorgang bemerkt und ließ erbarmslos das junge Weib nach der Polizei führen. Der Vorgang blieb natürlich nicht unbemerkt und so ging der Transport unter einer großen Eskorte getreuer Nachbarinnen und dergleichen vor sich. Nachdem auf der Polizei die Persönlichkeit der „Diebin“ festgestellt worden war, wurde sie wieder entlassen. Schreden, Scham, Furcht und Verzweiflung führten nun auf die Bedrückte ein und drückten ihr die Nothwaße in die Hand. Mit durchschnittenen Fußadern wurde sie in ihrer Wohnung aufgefunden und, wenn auch noch lebend, so doch in schwerstem Zustande in ein Krankenhaus gebracht.

Der Raubmörder Schuhmacher Josef Gönczi wird durch Bekanntmachung des Landgerichts I, Zivilkammer 19, zu einem am 17. Dezember d. J., vormittags 10 Uhr, vor dieser Kammer in Zimmer 139 stattfindenden Termin eingeladen. Es geschieht dies infolge einer Klage des Kaufmanns M. Schlegler zu Berlin, welcher aus Schuldscheinen an Gönczi eine Forderung von 557,41 M. hat. Der Kläger ist mit seinem Anspruch durch Hinterlegung der Summe von 1770,80 M. bei der vereinigten Konfiskations-, Militär- und Bau-Kommission, welche der Gerichtsvollzieher Kestler am 8. September er. bewirkte, gedeckt und soll Gönczi nur dazeln

willigen, daß von diesem Geld die Schuldforderung ausgezahlt wird. — Da Gönczi möglicherweise nicht „freiwillig“ erscheinen wird, so wird ihn wohl die Polizei zwangsweise vorführen müssen!

Durch Ausgleiten auf einer Treppenstufe ist der 35 Jahre alte Schuhmacher Max Schmidt aus der Wilsnaderstr. 82 zu Tode gekommen. Der Mann besuchte eine bekannte Familie, die im ersten Stock des Hauses Demminerstr. 12 wohnt, alit, als er nach kurzer Zeit nach Hause gehen wollte, auf der Messingtante einer Treppenstufe aus und stürzte in den Hof hinab. Im Krankenhaus wurde er erst am anderen Tage aufgefunden, ist er an einem Schädelbruch und einer Verletzung des Gehirns gestorben.

Arbeitererlöbe. Vom Tache des Fabrikgebäudes Seefr. 21 ist am Montag Nachmittag 3 Uhr der 19 Jahre alte Klempner Hermann Noak derart unglücklich abgestürzt, daß er mit schweren äußeren und inneren Verletzungen in das Paul Gerhardt-Stift gebracht werden mußte. Wie berichtet wird, ist das Unglück dadurch verschuldet worden, daß beim Bestreigen der Dachziegelleiter eine mirbe gewordene Sprosse nachgab. Der Verunglückte ist der Erzhürer seiner alten Mutter gewesen.

Ein verheerender Brand wüthete Sonntag Nachmittag 4 1/2 Uhr auf dem der Aktiengesellschaft „Vulkan“ gehörenden Häuserkomplex zwischen Markus-, Kraut-, Blumenstraße und Gräner Weg. Diese vorwiegend mit Fabrikbetrieben besetzten Gebäude wurden öfter vom Feuer heimgesucht, jedoch der „Vulkan“ der hiesigen Feuerwehrr ein alter Bekannter ist. Diesmal brannte Markusstr. 18 ein großes Quergebäude, in dessen drei Stockwerken Tischlereien mit Dampftrieb eingerichtet sind. Der verursachte Schaden ist sehr bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Mehrere Stunden hatte die Wehr mit Aufräumungsarbeiten zu thun.

Gegen die weiblichen Spügel, die sogenannten „Aufsäufertinnen“, beabsichtigen die durch deren Thätigkeit schwer geschädigten Droger- und Nahrungsmittel-Händler gerichtliche Schritte einzuleiten. Es soll in zahlreichen Fällen durch Zeugen nachgewiesen sein, daß die Aufsäufertinnen nur durch ihre Uebereidungslist und durch falsche Angaben ihren Zweck erreichen. Vielfach sollen sie sogar direkt zu Zwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen provozirt haben. Die in die Falle gelockten Drogeristen z. wollen nun gegen diese Art weiblicher Agents provocateurs wegen Verleitung zur Uebertretung“ Strafanzeige erstatten. Wenn sie sich auch dadurch selbst nicht von Strafe befreien, so dürfte, der „Berl. Zeitung“ zufolge, wenn wiederholt Verurteilungen solcher Personen erfolgen, mit dem System der Aufsäufertinnen bald gänzlich gebrochen werden.

In bewußtlosem Zustande und an Händen und Füßen gefesselt wurde die 16 Jahre alte Tochter Selma des Fleischhändlers Lichtenthal in der elterlichen Wohnung Auguststr. 38 aufgefunden. Sie gab an, während der Abwesenheit der Eltern von einem jungen Manne, der unter dem Vorgeben, ein Zimmer zu mieten, erschienen war, hinterück überfallen, zu Boden geworfen und an Händen und Füßen gefesselt worden zu sein. Hierbei habe sie das Bewußtsein verloren. Das Mädchen hat besonderen Schaden nicht genommen. Von dem Thäter, der es jedenfalls auf Diebstahl abgesehen hatte, fehlt bisher jede Spur. Er entloh, als das gefesselte Mädchen laut den Namen ihrer Freundin rief, die über ihr wohnt.

Feuerbericht. Sonntag Nachmittag 3 Uhr war in der Straße 70 im Keller ein Posten Papier in Brand gerathen, her durch die Wehr gelöscht werden mußte. Eine Stunde später erfolgte Alarm nach Markustr. 18. Hier stand eine im zweiten Stock befindliche Tischlerei in Flammen, die erst nach Uständiger Löscharbeit mittels vier Schlauchleitungen gedämpft werden konnten, nachdem sie bereits das dritte Stockwerk und die Dachkonstruktion in Mitleidenschaft gezogen hatten. Das Haus ist stark beschädigt und der Verlust an Material bedeutend. Sonntag früh kurz nach 1 Uhr wurde die Wehr nochmals nach derselben Brandstelle gerufen, da Theile des Daches abermals in Brand gerathen waren, der jedoch mit Leichtigkeit beseitigt wurde. Kurz vorher erfolgte eine Alarmierung nach Lindenstr. 96, wo ein Regal mit Sattlerwaaren in Flammen stand.

Im Reichshaus-Theater wird das Publikum zur Zeit durch ein originelles Illusionsstück überrascht. Man umwickelt eine junge Dame mit Seidenpapier, legt das arme Mädchen auf einen Tisch und läßt dann das Papier an. Die Verbrennung erfolgt so grausam gründlich, daß nichts als ein Skelett zurückbleibt. Nun werden die kümmerlichen Reste mitleidig verthilt, und nach wenigen Augenblicken friert das als flammendes Räthsel bezeichnete Opfer keine Auferstehung! Die Täuschung ist so gründlich, daß man selbst aus nächster Nähe nicht entdecken kann, was es mit dem kleinen Scherze für eine Bewandnis hat. Aus den übrigen Nummern des vielseitigen Programms seien die Darbietungen der Gebrüder Apollon erwähnt, sowie die lebenden Photographien, ohne die nun einmal ein modernes Spezialitäten-Theater nicht zu denken ist.

Orgelkonzert. Beim Orgelkonzert in der Marienkirche am Mittwoch, den 27. Oktober, Mittags 12 Uhr, wirkten mit Frau M. Redel de Raode (Soprano), Frä. Elsa Thomas (Violine), Herr F. Friedel (Baß) und Herr H. Schwiebelmann (Orgel). Der Eintritt ist frei.

Theater. Ludwig Kubla's neuestes Werk „Jugendstunde“, das am Sonnabend im Deutschen Theater zur ersten Aufführung kommt, und das nicht, wie von einigen Seiten mitgetheilt wurde, ein Weisheitsstück, sondern ein in der Gegenwart spielendes Lustspiel in Prosa ist, wird von den Damen Paula Gertzy, Gise Lehmann, Miela Schneider, Annie Tremmer und den Herren Bruno Ködler, Hermann Rissen, Rudolf Wilmner, César Souer, Guido Theilhaber dargestellt. — Da kontraktliche Verpflichtungen die Direktion des Dresden-Theaters zwingen, daß von der Januar verboten gewesene Stück „Klappen der Weltstadt“ aufzuführen, so kann „Die Geiserglocke“ nur noch bis Sonnabend den Spielplan beherrschen.

Aus den Nachbarorten.

Die freisinnige Lehrerkundlichkeit giebt sich auch in unserer Nachbarstadt Köpenick beißend klar zu erkennen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein von unseren Parteigenossen gestellter Antrag, der ein Grundgehalt von 1500 M. und 200 M. Alterszulage verlangte, abgelehnt, nachdem Stadtverordneter Hingz und der Bürgermeister ihre Bedenken kundgegeben hatten. Aber auch die Regierungsvorschläge riefen noch das Mißfallen des Herrn Bürgermeisters hervor, und die Mehrheit der Stadtverordneten erklärte sich in seinem Sinne sowohl gegen den sozialdemokratischen Antrag als auch gegen die Anträge des Magistrats und der Statistikkommission. Schließlich fand ein freisinniger Antrag gegen neun Stimmen Annahme, nach welchem das Grundgehalt der Vektoren auf 1800 resp. 1400 M. und das der Lehrer auf 1200 M. mit 150 M. Alterszulage festgesetzt wurde!

Ein neues mächtiges Kohlenlager ist vor kurzem in dem Kreise Spremberg, südlich von Kottbus, entdeckt worden. Das neue Kohlenlager befindet sich in der Gemeinde Gobda an der Chaussee von Spremberg nach Senftenberg, und die dortigen bäuerlichen Besitzer haben jetzt ihre gesammten, nördlich von dieser Chaussee gelegenen Grundstücke, die mehr als die Hälfte ihres Besitzthums ausmachen, an die Rächener Werke zu Groß-Räßen verkauft.

Die 11. Unfallstation wurde am Sonntag in Charlottenburg, Marchstr. 22, eröffnet.

Gerichts-Beilage.

Die schweren Beschuldigungen, welche der Redakteur Oswald Anortz in der Nummer vom 12. Oktober d. J. der von ihm herausgegebenen „Charlottenburger Nachrichten“ gegen den gerichtlichen Physikus, Sanitätsrath Dr. Mittenzweig erhoben hat, sollen gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II auf ihre Wahrheit hin einer eingehenden

Äußerung unterworfen werden. Als der Vorsitzende ihm erwiderte, daß eine Frau L., die ebenfalls auf den Antrag des Angeklagten geladen werden sollte, nicht aufzufinden sei, gab der Angeklagte dem Verdacht Ausdruck, daß sie offensichtlich von der Gegenpartei verborgen gehalten werde, um nicht als Zeugin auftreten zu können. In dieser Frau soll Dr. Müllergewitz in unläuterer Beziehungen gestanden haben. Der Angeklagte will dieselbe noch vor einigen Wochen gesprochen haben. Der Gerichtshof beschloß, vorläufig in die Verhandlung einzutreten und den ersten Punkt der Anklage unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln. Es stellte sich aber heraus, daß die Frau L. nicht zu entdecken war und nun beschloß der Gerichtshof, die Sache zu vertagen und zum nächsten Termine außer den erschienenen Zeugen noch einige andere zu laden, welche der Angeklagte zum Austritt seines Wahrscheinlichkeits für erforderlich hielt.

Für Gastwirthschaft ist eine vom Kammergericht gefällte Entscheidung von Wichtigkeit. Die Birchen Wittge war beschuldigt, sich gegen den § 865, 2 des Strafgesetzbuchs vergangen zu haben, wonach mit einer Geldstrafe bis zu 50 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen ein Wirth bestraft wird, der das Verweilen seiner Gäste über die gebotene Polizeistunde hinaus duldet. Sie beantragte gerichtliche Entscheidung und machte geltend, es sei erst zwei Minuten nach 11 Uhr, wo die Polizeistunde begann, gewesen, als man den Gast in ihrem Lokale gesehen habe. Auch habe er nicht mehr getrunken. Das Schöffengericht sprach denn auch die Frau frei. Das Landgericht verurtheilte sie jedoch mit der Begründung, es sei erwiesen, daß der Gast noch zwei Minuten nach dem Eintritt der Polizeistunde im Lokal gewellt habe, und das genüge, die Bestrafung zu rechtfertigen. Wenn der Gast um diese Zeit nichts mehr getrunken habe, so ändere das nichts daran, denn als Gast sei er in die Kneipe gekommen und diese Eigenschaft habe er nicht verloren, so lange er sich dort aufgehalten habe. Rechtsanwalt Schöps legte beim Kammergericht die Revision ein und betonte, bei einem Längerverweilen von 2 Minuten könne nicht von einer Uebertretung des § 865, 2 die Rede sein. Der Zeitraum genüge ja kaum, die Zeche zu berechnen und sich den Reberzieher anzusehen. Das Kammergericht befüllte aber die Vorentscheidung als durchaus zutreffend. — Unsere Rechtsprechung macht sich eben immer beliebter.

Die Gefährlichkeit der rothen Fahne. Im Meugert'schen Volksgarten in Brandenburg fand am 18. März dieses Jahres eine sozialdemokratische Volksversammlung statt. Während derselben hing in dem Versammlungsraum eine rothe Fahne mit der Aufschrift „P. Rastalle“. Durch die Duldung der Fahne sollte Herr Meyer, der Inhaber des Lokals, eine Polizeiverordnung vom 15. Juni 1891 verletzen, die für den Bezirk der Stadt Brandenburg erlassen worden ist. Der § 1 der Verordnung, die speziell gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist — oder auch gegen die rothe Fahne, wie man's nimmt — bestimmt: Rothe Fahnen, deren Entfaltung als Demonstration gegen die bestehende Ordnung zu wirken bestimmt oder geeignet ist, dürfen im Polizeibezirk öffentlich sichtbar weder befestigt, noch geführt werden. In dieselbe Strafe wie der, der hiergegen verstoßt, sollen nach dem § 8 die Inhaber von öffentlichen Versammlungsorten verfallen, wenn sie es dulden, daß in ihren Räumen rothe Fahnen öffentlich angebracht werden, die in der im § 1 gedachten Art zu wirken geeignet oder bestimmt sind. Meyer erhielt ein Strafmandat über 9 M. Auf seinen Einspruch sprach ihn das Schöffengericht frei. Es führte unter anderem aus: Wenn auch die Polizeiverordnung ihrem ganzen Inhalte nach nicht ungültig sei, so könne sie hier doch nicht angewendet werden. Wäre die Fahne vom Lokal nach der Strafe zu ausgehängt worden, dann wäre M. strafbar. Insofern aber die Verordnung die rothen Fahnen innerhalb der Räume betreffe, sei sie ungültig und nicht anzuwenden. Die Versammlung sei zwar eine öffentliche gewesen, die rothe Fahne hätte jedoch hier unter den gegebenen Verhältnissen nicht eine Beeinträchtigung der Interessen der Stadtgemeinde oder ihrer Angehörigen herbeiführen können. (Polizei-Verwaltungs-Gesetz § 61.) Die Versammlung habe sozialdemokratischen Zweck gedient. Wenn nun in dem Lokal ein Symbol der Partei in Gestalt einer rothen Fahne mit der Aufschrift „P. Rastalle“ entrollt wurde, so verletze dieser Umstand ebenso wenig das Interesse der Gemeinde und ihrer Angehörigen, wie das Abhalten sozialdemokratischer Versammlungen überhaupt. Noch weniger werde dadurch die Ordnung und Gerechtigkeit in dieser Versammlung selbst gefährdet, so daß auch nicht § 8 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung angezogen werden könne. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde wesentlich aus den angeführten Gründen vom Landgericht verworfen. Die Staatsanwaltschaft legte nunmehr Revision ein. In der gestrigen Verhandlung der Revision vertrat vor dem Straßsenrat des Kammergerichts der als großer Sozialist bekannte M. o m e n die Oberstaatsanwaltschaft. Er betonte, es könne kein Unterschied gemacht werden zwischen der Strafe und einem Lokal, zu dem jedermann Zutritt habe. „Essentlich“ bedeute soviel wie: ein jeder offen stehende Ort. Und das öffentliche Interesse der Gemeinde komme sicher hier in Betracht. Rechtsanwalt B o l f s o h n nahm sich in beredeten Worten der Sache des Angeklagten an. Besonders hob er hervor, daß die Polizei über das Vereinsgesetz nicht hinausgehen dürfe und daß jeder seine Meinung durch Wort und Schrift äußern dürfe. Des längeren that er dar, daß heute vom Gebrauch einer rothen Fahne die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht im geringsten gefährdet sei. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde verworfen. Das Gericht theilte nicht die Ansicht des Herrn Momen. Wenn § 8 der Verordnung von 1891 die Inhaber von Schanklokalen mit Strafe bedrohe, die es zuliesse, daß in ihren Räumen rothe Fahnen öffentlich angebracht würden, dann sei dies durchaus rechtmäßig. Die Bestimmung sei aber so anzulegen, daß die rothen Fahnen öffentlich sichtbar angebracht sein müßten, wenn die Duldung strafbar sein solle. Ein öffentliches Kubringen der Fahnen sei aber ein solches, was die Fahnen sichtbar mache für jedermann außerhalb des Lokals. Das sei hier indessen nicht der Fall gewesen und M. darum freizusprechen.

Der gestörte Landrath. Im Kreisbau zu Perleberg haust der Landrath v. Jagow. Unweit davon hat der Musikdirektor Gerloff auf seinem Grund und Boden einen Übungsraum. Auf Veranlassung des Herrn v. Jagow erhielt nun im vorigen Jahre die Perleberger Polizeiverwaltung eine Verfügung, worin sie dem Musikmeister bei Strafe verbot, seine Musiker bei geöffneten Fenstern oder Thüren in dem Saale üben zu lassen. Die Übungen hörten die öffentliche Ruhe. Der Kreisanschuh wies demnach die Klage Gerloff's gegen jene Verfügung durch einen sogenannten Vorentscheid zurück, das heißt ohne vorherige mündliche Verhandlung. Der Vorentscheid trug nur die Unterschrift des Landraths von Jagow. Beim Bezirksauschuh, der zweiten Instanz, hatte Gerloff jedoch Erfolg. Seiner Berufung wurde stattgegeben und die Verfügung aufgehoben. Zu den Aufgaben der Polizei gehöre es allerdings nach § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts, die erforderlichen Maßregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu ergreifen und dafür zu sorgen, daß die dem Publikum oder einzelnen Personen drohenden Gefahren abgewendet würden. Indessen sei doch nicht anzunehmen, daß das Publikum gegen jedes störende Geräusch geschützt werden müsse. Hier sei das Einschreiten der Polizei nicht notwendig gewesen. Die Polizeiverwaltung lege nunmehr Revision ein und machte geltend, der Bezirksauschuh hätte untersuchen müssen, ob nicht etwa die Musikaufführungen und die Übungen geeignet seien, die Gesundheit der Anwohner zu stören. Der Musikdirektor betonte demgegenüber, es nehme daran niemand Anstoß außer dem Landrath. Er allein empfinde die Übungen als eine Belästigung. Und eine Schädigung der Gesundheit hätten nicht die Anwohner zu befürchten, sondern seine jungen Mäuler, wenn sie im Sommer bei geschlossenen Fenstern üben müßten. Das Ober-Verwaltungsgericht entschied darauf ebenfalls zu Gunsten des Herrn Gerloff.

In Guben hat sich unsere Justiz dieser Tage wieder zwei für unsere Rechtsverhältnisse recht bezeichnende Urtheile geleistet. Der technische Leiter

Reubrick, Erhard Brunner, hatte durch Fahrlässigkeit den Tod eines Arbeiters verschuldet. Der Getöbete war verunglückt, als er die ohne die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen arbeitenden Maschinen in ungenügend beleuchteten Räumen schmieren mußte. Den Tod des Arbeiters hatte der Fabrikleiter mit einer ganzen Woche Gefängnis zu sühnen; vom Staatsanwalt waren sechs Monat beantragt worden. Als strafmildernd wurde folgendes Sachverständigen-Urtheil in Betracht gezogen: Die Hauptverantwortlichkeit für die Sicherheit des Betriebes habe der Angeklagte, doch sei es möglich, daß er infolge seiner langen Beschäftigung im Fabrikbetriebe gegen das Bedenken der Sicherheit der Maschinen abgestumpft sei. Richtiger wäre es gewesen, daß während des Schmierens die Maschine außer Betrieb gesetzt wurde, doch wäre dann eine starke Störung im Betriebe erfolgt.

Vor demselben Gericht hatte sich ein vierzehnjähriges Kind zu verantworten, das bei einem Bauern in Ullersdorf diente. Das Mädchen war angeklagt, einer anderen Magd 1 Mark entwendet und durch Fahrlässigkeit den Brand des Bauernhofes verursacht zu haben. Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von 1 Monat Gefängnis; die Verteidigung erachtete die fahrlässige Brandstiftung nicht für erwiesen. Der Gerichtshof erkannte wegen Diebstahls und vorfälliger Brandstiftung auf 1 Jahr und 1 Woche Gefängnis und beschloß auch die sofortige Verhaftung der Angeklagten. Vorsätzliche Brandstiftung wurde angenommen, weil die Angeklagte sich höchst wahrscheinlich an ihrer Dienstherrschaft, welche von dem von ihr verübten Diebstahle ihren Mitter in einem Briefe Mitteilung gemacht hatte, durch Inbrandsetzen des Hauses habe rächen wollen!

Versammlungen.

Die polnischen Sozialdemokraten hielten am Sonntag eine von über 800 Personen besuchte öffentliche Versammlung im Englischen Garten ab. Morawski berichtete über den Hamburger Parteitag. In der Diskussion unterzogen einige Redner die Ausführungen der Genossen Pfannkuch und Dr. Winter auf dem Hamburger Parteitag einer scharfen Kritik. Ein Redner wollte sogar den beiden Genossen die Fähigkeit der Angehörigkeit zu der Sozialdemokratie absprechen. Die Genossen Versus, Morawski, Ziel und Frau Kubaczewski traten in längerer Ausführung diesen Äußerungen entgegen. Versus führte aus: Da sämtliche Redner den Genossen Liebnicht für seine Rede in der Polensfrage ihre Anerkennung aussprachen, da ferner aus Polen und Oberschlesien viele Sympathieschreiben für den Genossen Liebnicht eingelaufen seien, sehe er sich veranlaßt, den Versammelten folgende Resolution zu unterbreiten:

„Die am 24. Oktober in Berlin im Englischen Garten“ versammelten polnischen Sozialdemokraten fühlen sich veranlaßt, dem Genossen Liebnicht für seine ausgezeichnete Rede in der Polensfrage auf dem Hamburger Parteitag ihren aufrichtigsten Dank auszusprechen und wünschen, daß ihm seine Kraft zum Wohle des internationalen Proletariats noch recht lange erhalten bleiben möge.“

Nachdem einige Redner den agitatorischen Werth der Liebnicht'schen Rede für die polnische Sozialdemokratie betont haben und einige Nichtsozialdemokraten die Erklärung abgaben, daß sie jetzt die feste Ueberzeugung gewonnen haben, daß die polnischen Sozialdemokraten gleichberechtigte Genossen sind und von jetzt ab der Sozialdemokratie sich anschließen werden, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Unter Hochs auf die internationale Sozialdemokratie und Abfingung der polnischen Marzellense zersetzten sich die Versammelten.

Am die Aushahnung einer einheitlichen Organisation der Zimmerer handelte es sich in einer am Sonntag abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung organisirter Zimmerer. Der Referent K u b e trug in längerer Rede die Gründe vor, welche gegen die Zweispaltigkeit und für die Einheitlichkeit der Organisation sprechen. Er wies darauf hin, daß, abgesehen von früheren Vor-Kommissionen, namentlich die letzte Lohnbewegung gezeigt habe, daß die Einigung der beiden Zimmererorganisationen durchaus notwendig sei. Die Einigungsfrage, die bisher noch nicht gelöst werden konnte, müsse jetzt endlich ernsthaft erörtert werden. Nicht auf die Form der Organisation komme es an, sondern der Geist, von dem sie befeelt sei, verbürge den Erfolg. Der Referent schlug eine Resolution vor, die den beiden am Orte bestehenden Organisationen der Zimmerer empfiehlt, sich zu vereinigen und die Vorstände derselben auffordert, wegen dieser Angelegenheit in Ueberhandlung zu treten. — Es entstand eine rege Debatte über die vorliegende Frage. Zunächst traten mehrere Redner für die Einigung ein, auch die Form, in der eine solche zu vollziehen sei, wurde gestreift. K u m m e r hielt das Bestehen einer geschlossenen Organisation überhaupt nicht für erforderlich. Es könnten deshalb beide Organisationen aufgelöst werden, denn es genüge, wenn die Lohnkommissionen, wie es während der Lohnbewegung geschieht, die Sammlungen und die gewerkschaftliche Bewegung leitet. Dadurch werde an Verwaltungskosten gespart und auch der Streit um die Form der Einigung werde umgangen. O b s t führte aus, daß Nebeneinanderbestehen beider Organisationen habe den Berliner Zimmerer bis jetzt noch nicht geschadet. Wenn auf die Metallarbeiter hingewiesen werde, so müsse er bemerken, daß derselben durch den Uebertritt der Berliner Lokalorganisation zum Verband eine große Zahl von Mitgliedern verloren gegangen sei. Das werde auch den Zimmerern ebenso gehen, wenn man verlange, daß die Mitglieder der Lokalorganisation mit Mann und Maus in den Verband übertritten. Der Versuch einer Einigung sei zur Zeit, wo die Lohnbewegung noch nicht abgeschlossen sei, ein gefährliches Experiment, wozu er nicht rathe könne. Nachdem B e w e r s und K u s p e r die Einigung sehr warm beantwortet hatten, trat auch F i s c h e r für dieselbe ein, bemerkte aber, daß die Einigungsform nicht nach einer bestimmten Schablone stattfinden dürfe. Es müsse eben eine Form gefunden werden, die den Mitgliedern beider Organisationen gerecht werde. Nur unter dieser Voraussetzung könne die allseitig als notwendig anerkannte Einigung vollzogen werden, man solle die Vorstände beider Organisationen deshalb anfordern, Vorschläge zu machen, die beiden Richtungen annehmbar erscheinen. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde dessen Resolution gegen 2 Stimmen angenommen.

Eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung, die am Sonntag in Feneckstein's oberem Saal tagte, erzielte sich eines so zahlreichen Besuches, wie ihn, wie konstatiert wurde, die älteren Berufskollegen seit 5 bis 6 Jahren nicht mehr erlebt hätten. Eingangs erbot die Versammlung das Andenken des so schnell verstorbenen Genossen Willenberger durch Erheben von den Plätzen. Zum 1. Punkt berichtete G u t s c h, Mitglied der in einer öffentlichen Versammlung am 12. September gewählten Kommission zur Feststellung der Mißstände auf Bauten und der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der dortselbst beschäftigten Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter. Das Ergebnis der auf 434 Bauten vorgenommenen Kontrolle stellt sich, wie folgt, folgendermaßen: 22 Bauten hatten keine Bauten, auf 12 Bauten fehlten theils das Dach, theils waren sie zu klein für die auf dem Bau Beschäftigten, theils lagen sie in unmittelbarer Nähe der Aborte; mit Defen waren keine versehen, ebenso fehlten allen Bauten die Fußböden. Auf 25 Bauten fehlten die Aborte gänzlich; äußerst primitive Abortstätten fanden sich auf 353 Bauten vor, während bei 187 theils die Linnen, theils das Dach, theils die Desinfektion fehlten, theils waren sie ungenügend für die auf dem Bau Beschäftigten, theils die Linnen überflüssig, theils Dach und Wände defekt, zum theil befanden sie sich direkt im Bau oder dicht an der Baubühne. Die Gesamtzahl der auf den 434 kontrollirten Bauten beschäftigten Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter, einschließlich der Kleinmachs-Frauen, betrug 4444; die Löhne derselben stellten sich für Arbeiterarbeiter folgendermaßen: für 1000 Steine mit dazu gehörigem Mörtel wurde gezahlt auf 1 Bau 3,75 M., auf 2 Bauten 8,25 M., auf 56 Bauten 2,75 M., auf 20 Bauten 2,50 M., auf 1 Bau 2 M., und auf 3 Bauten 2,25 M., überall wurde 10 Stunden, auf den letzten 8 Bauten 10 1/2 Stunden gearbeitet. Wochenlöhne kamen bei den Auser-Trägern in Betracht und wurden wöchentlich gezahlt

an 132 Personen je 36 M., an 5 Personen je 33 M., an 5 Personen je 30 M., in allen Fällen wurde hier 10 Stunden gearbeitet. Stundenlohn wurde gezahlt: auf 9 Bauten 30 Pf., gearbeitet wurde 10—11 Stunden, auf 25 Bauten 32 1/2 Pf., Arbeitszeit 10 Stunden, auf 239 Bauten 32 1/2—35 Pf., Arbeitszeit 10 Stunden, auf 49 Bauten 35—40 Pf., Arbeitszeit 9—10 Stunden, auf 55 Bauten 37 1/2 Pf., Arbeitszeit 10 Stunden, auf 7 Bauten 45 Pf., Arbeitszeit 9—10 Stunden, auf 3 Bauten 50 Pf., Arbeitszeit 9 bis 10 Stunden, auf 1 Bau 52 1/2 Pf. und auf 1 Bau 60 Pf., Arbeitszeit bei beiden letzteren ebenfalls 10 Stunden. Die Erdarbeiter erhielten 30 Pf. und arbeiteten 10—11 Stunden. Die bei der Patent-Förderung beschäftigten Arbeiter erhielten bei neunhündiger Arbeitszeit 4 M. Tagelohn, die Blabipapier 40 Pf. und die Kleinmachs-Frauen 20 Pf. Stundenlohn, beide Gruppen arbeiteten ebenfalls 9 Stunden. Die Staaler erhielten 40 Pf. Stundenlohn und arbeiteten 10 Stunden, die Töpfer-Träger arbeiteten 9 Stunden und hatten 50 Pf. Stundenlohn. An diesen Bericht, welchem der Vortrage noch eine ganze Reihe Einzelsätze hinzugefügt, schloß sich eine recht rege Diskussion. Mit der Thätigkeit der Kommission und dem Resultat der Erhebungen waren die Redner durchweg zufrieden, nur wurde behauptet, daß die allerbärmlichsten Zustände, die in verschiedenen Hinsichten vorkommen, der Kommission nicht zugänglich gewesen seien. Eine Resolution, welche besagt, daß das gewonnene Material den sozialdemokratischen Vertretern in den Parlamenten zur Benutzung bei geeigneter Zeit zugesandt sei, fand einstimmige Annahme. Weiter beauftragte die Versammlung die Kommission, gemeinsam mit dem Vertrauensmann das gesammelte Material zu einer Broschüre zusammenzustellen, um nicht nur die eigenen Berufsgruppen, sondern die weitesten Kreise von den Zuständen im Baugewerbe in Kenntniß zu setzen. Zum Schluß wurde dann noch die Baupolizei auf dem Bau zurückgefordert besprochen, welche eine Anzahl Bauarbeiter in Mitleidenhaft gezogen hatte. Den betroffenen wurde anheimgegeben, ihre Unterstützungsansprüche beim Vertrauensmann der Bauarbeiter geltend zu machen. Mit einem dreifachen Hoch auf die Bauarbeiter-Bewegung schloß die imposante Versammlung.

Die Generalversammlung des Verbandes der Möbelpolizei fand am 18. d. M. bei Keller statt. W o d e m das Andenken des verstorbenen Kollegen G. Gneist in der üblichen Weise geleistet wurde, führte zum ersten Theil der Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Kollege S c h u l z aus: Der Verband habe auch in diesem Quartal einen erheblichen Zuwachs von neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Zu bedauern sei, daß einige Kollegen in London während des dortigen Streiks Arbeit nahmen und erst auf Verreiben der Londoner Gewerkschaft nach Annahme des Streikgeldes im Verlage von 249 M. dieselbe aufgaben. Nachsichtig haben zwei Kollegen erhalten, von denen ein Fall zu Gunsten des Kollegen erledigt ist, während die andere Sache verloren ist. Es sind sodann den englischen Maschinenbauern 300 M., dem Gefangenen der Möbelpolizei pro Monat 12 M. seitens des Vorstandes überwiesen worden. Die Abrechnung vom Sommerfest ergab einen Ueberschuß von 40,45 M. Dem Kassenericht ist zu entnehmen, daß die Einnahme in diesem Quartal 1419,20 M. betrug, die Ausgabe 244,50 M., mithin der Bestand 904,70 M. ist, dazu der alte Bestand von 272,97 M., ist ein Kassenbestand von Summa 3632,77 M. vorhanden. Dem Kassierer wurde Entlassung zu theil. Dem Bericht der Sachkommission zufolge, ist der Arbeitsnachweis äußerst rege benutzt. Differenzen der Kollegen mit ihren Arbeitgebern wurden größtentheils auf gütlichem Wege beigelegt. Die Kollegen S. Schulz zum 1. Vorsitzenden und M. G u t s c h zum 1. Schriftführer wurden einstimmig wiedergewählt. Der Kollege Faustmann wurde als Bevollmächtigter der Filiale Nord ernannt. Der Antrag des Vorstandes, dem Gesangverein pro Monat 12 M. zu überweisen, wurde abgelehnt; desgleichen der Antrag Kappe betreffend Einführung von Fragebogen in den Werkstätten. Der Antrag des Vorstandes, in den Filialen Nord und Südost in den Versammlungsorten Bibliotheken zu errichten und die Ausgabe der Bücher von jetzt ab in die Monatsversammlungen zu verlegen, wurde angenommen; desgleichen der Antrag Hänel, den englischen Maschinenbauern noch 200 M. zu überweisen. Unter Verschiedenem waren die Versammelten der Ansicht, daß 15 Exemplare der „Einigkeit“ zur Information des Vorstandes genügt, eine obligatorische Einführung dieses Organs wäre noch nicht angebracht; es erfolgte hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Weißensee. Am Dienstag, den 19. Oktober 1897, abends 8 1/2 Uhr, tagte hier eine gut besuchte Versammlung der Maurer. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verliest der Vertrauensmann die Abrechnung vom III. Quartal: Kassenbestand 900,65 M., Einnahme 409,85 M., Summa 704,80 M., Ausgabe 478,10 M., bleibt ein Kassenbestand am 1. Oktober 1897 von 226,70 M. Die Revisionen bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Sodann erörtert der Vertrauensmann die Angelegenheiten von Hülfsarbeit 1897. Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung, sich dem Centralverband der Maurer Deutschlands anzuschließen und Verbandsmaterial einzuführen. Zum 3. Punkt wurden als 3. Rate 150 M. dem Centralverbands der Maurer Deutschlands bewilligt. Im letzten Jahre sind im ganzen 500 M. an den Streikfonds abgeführt.

Die Bauarbeiter der Bahnhöhe Niddorf und Brin hielten am 17. Oktober im Lokal von Karl Kramer, Hermannstr. 199, ihre Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom III. Quartal ergab folgendes Resultat: Kassenbestand vom II. Quartal 9,68 M., Einnahme vom III. Quartal 100 M., Ausgabe vom III. Quartal 90,07 M., verbleibt somit ein Kassenbestand von 58,59 M. Außerdem weiß die Krauzschle ein Kassenbestand von 48 M. auf. Dem Kassierer wurde Decharge ertheilt, sodann wurde beschlossen, daß die Hülfsarbeiter pro Woche 20 Pf., die Lohnarbeiter und Pflanzträger 10 Pf., pro Woche zum Streikfonds zahlen sollen. Auf jedem Bau wird jemand mit dem Einlassiren betraut.

Abtwick. Der sozialdemokratische Arbeiterverein hielt am 18. d. Mts. seine Versammlung ab. Aus dem Bericht des Kassiers ging hervor, daß ein Bestand von 33,80 M. vorhanden ist. Auf Antrag der Revisionen wurde dem Kassierer Decharge ertheilt. Im Punkt 2 wurde vom Vorstand angeregt, daß die Vertreter unserer Partei erucht werden sollen, der Bürgerrechtsgeldfrage näher zu treten und event. in der Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag auf Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes zu stellen. Unter Vereinsangelegenheiten stellte B o s s m a n n den Antrag, die Broschüre von Stadtrath Hugo Schäfer hierüber: „Die Lösung der sozialen Frage“ mit dem Motto: „Armut ist nicht naturunvermeidlich, sondern vorwiegend durch die unrichtige Volkswirtschaft“ anzuschaffen und in der nächsten Versammlung, die am Montag nach dem 15. November stattfindet, einen Vortrag darüber halten zu lassen. Der Antrag wurde angenommen.

„Gemein“, Verein für vollständige Wissenschaft. Heute Abend 8 Uhr bei Daniel, Weinstraße 178: Vortrag des Herrn Michaelson über: Götze und Schiller, Eristikon, Götze und Schiller. Götze und Schiller, heute Abend 8 1/2 Uhr in der Norddeutschen Brännerlei, Hauptstr. 88. Vortrag über: Adramatikus und Götze; Entzweiung und Stellung nach der Naturphilosophie.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am heutigen Abend von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends, in der nächsten Woche am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr statt.
S. J. S. 500. Unserer Meinung nach wäre es Fortschrittsverwendung. Bei jeder feinen Ueberzeugung bitten wir Sie aber, sich durch unser Abwöhnen in dem weiteren Verfolgen Ihrer Angelegenheit nicht abhalten zu lassen.
S. J. in St. Sie meinen wohl die bei Wörlein u. S. in Nürnberg erscheinende Broschüre „Kann Europa abdrücken“.
Hilfswörter. Der Antrag der Angelegenheit dürfte sich besser für einen geschlossenen Kreis der Parteigenossen eignen, da im „Vorwärts“ durch öffentliche Diskussion der Sache durchaus nicht gedient ist.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 26. Oktober 1897.
Ziemlich kühl, zeitweise heiter, vielfach neblig bei schwachen östlichen Winden; kein wesentlicher Niederschlag.
Berliner Wetterbureau.

Der Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 26. Oktober.
Cyrenhans. Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Selig's Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Mutter Erde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Faust, 2. Theil. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Der Salontyroler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Das Schloß. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Katherinchen. Vorher: Lieb' im Spiel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Olette. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Kyris-Prith. Anf. 8 Uhr.
Kater den Linden. Madame Favart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der große Wohlthäter. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Tohu-Bohu. Anf. 7 1/2 Uhr.
Chesb. Die Weisthede. Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Das Fischen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Im Dampf. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
American. Berlin, wie's näht und trennt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neu-Palais. Spezialitäten. Follage - Panoptikum. Indisches Dorf.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Kyris-Prith.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Stärfere.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Kyris-Prith.

Luisen-Theater
34. Reichsbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Der große Wohlthäter.
Sollfeld mit Gesang in 8 Bildern von S. Witten. Musik von H. Blal.
Morgen Mittwoch:
Die Räuber.
Von Friedrich von Schiller.
Direkte Verbindung mit dem Theater: Elektr. Bahn: Dönhofsplatz-Reichensbergerstraße in 10 Minuten.

Central-Theater Urania
Alle Jahrest. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 26. Oktober 1897.
Emil Thomas a. G.
Zum 53. Male:
Berliner Fahrten.
Burdette Ausstattungsstücke mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannhaldt.
Musik von Jul. Einödhofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Berliner Fahrten.

Thalia-Theater.
Dienstag, den 26. Oktober 1897:
Zum 11. Male:
Hôtel Tohu-Bohu.
(L'Auberge de Tohu-Bohu).
Sauberville in 3 Akten von Maurice Ordonneau. Deutsch von Viktor Böon.
Musik von Viktor Roger.
Morgen: Dialektische Vorstellung.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Welj.
Letzte Woche:
Die Geisterglocke.
Drama in 4 Akten von G. Matthiä.
Musik von G. Schiler.
Anfang 8 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 10.
Großer Beifall. Großer Beifall.
Ein weißer Hase
oder: Der ehrliche Kaffee.
Poffe mit Gesang in 4 Akten von Leon Trepion.
Roch der Darstellung Langstränchen.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Die grösste Sensation dieser Saison:
Das Wunder?
Das flammende Räthsel?
ist an de siecle.
Ferner das auf der Höhe der Zeit stehende Programm mit 24 Novitäten-Nummern.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.
der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Parterre-Saal heute:
Militär-John-Konzert
Kaiser Franz-Kapelle.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Passage-Panopticum.
Letzte Woche:
Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt
Moung Toon.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahres!
hundert ist wieder da!!!
Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Circus Busch
(Bahnhof-Börse).
Dienstag, den 26. Oktober 1897, abends 7 1/2 Uhr:
Sports-Abend
Zum 1. Male: Das Apertivfeld
Barbarossa. vorgef. von Hrn. Paul.
Zum 1. Male: 6 Fingerringe, als Feuerprobe dreifach v. vorgeführt von Hrn. Uind. Pferd u. Hund, Deig-Deffus des Sign. Coramini, Musik der Schwestern Marie, Maria Doré und des Schwesterns Fr. Gottlieb-Burgardt. Zum 1. Male: Geistes-Vorstellung als Vorterrassen-Auftritt der excent. musikal. Clownes Gebr. Price, Gebr. Batta, eine Schloßbesetzung mit der Circusbande.
Morgen: Neues Programm. Eine Schloßbesetzung mit der Circusbande.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Dir.: Winkler & Fröbel.
Nur noch 1 Um
bis Sonntag: 8 1/2 Uhr:
Rich. Winkler u. Wilh. Fröbel
in der untern Gefängnisse
Die wilde Sade.
Dazu das erfolgreiche brillante
Oktr.-Riesen-Programm
Fische | Minister-
Drohlfahrt | Circus Nelly
u. i. w. u. i. w.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr
Entree 30 Pf. bis 1. R. 50 Pf.
In Vorbereitung:
Die Ballet-Batten.
Betten, Gardinen, Tischdecken kostl.
Reinweiß, 6 Pfandliche.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
U. a.: „Charivari.“
Sensationelle Novitäten von
Müller Lipart.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Woche 8 Uhr.
An Sonnabenden werden die Gesammtraume des Concerthaus zu Festlichkeiten vergeben.

Böhmisches Brauhaus
Landberger Allee.
Heute, sowie jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
(Menschel, Vietro, Britton, Seidl, Kron, Böhl, Schueber und Schrader.)
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
(Siehe Plakate).
Neues Programm!

American-Theater.
Dresdenstr. 55.
Dienstag, den 26. Oktober 1897:
Kollektives Erfolg! Schürmlicher Beifall!
Zum 45. Male:
Berlin wie's näht und trennt.
Sollfeld in 8 Bildern in 2 Akten v. S. Witten.
Musik von H. Blal.
Der Traum von Vahrenth.
Barod. Traumbild.
Hugo Schulz als Scenarist. Wally Zmoln, Grentrane-Soubrette, Emmy und Ernst Reubentisch als Zukunftstheater.
Paul Bendix, Duzorist.
Anfang der Vorstellungen:
Sonntag 7 1/2, Wochentags 8 Uhr.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Novitäten-Programm.
U. a.: Deta Waldau, u. a.:
bühnliche Köstlich - Soubrette.
Eugen Rosée, der beste Komiker.
Neu! Wer ist der Vater? Neu!
Burdette mit Gesang und Tanz.
Neu! Die zweite Frau. Neu!
Bühnend.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntag 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

89472
Personen haben nach Ausweis der Kassenbücher in den bisherigen 50 Aufführungen der Zug- u. Kassenstücke
Im Atelier u. Ein Abend im Wintergarten
das
1. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater
in Kaufmann's Variété besucht! Es repräsentirt dies einen Erfolg, wie ihn trotz der unachahmlichen Eigenart ihrer völlig individuellen Komik und ihrer notorischen Beliebtheit Donat u. Anton Herrfeld doch in allen ihren Stücken bisher so gross noch nie gehabt.

American-Theater.
Dresdenstr. 55.
Dienstag, den 26. Oktober 1897:
Kollektives Erfolg! Schürmlicher Beifall!
Zum 45. Male:
Berlin wie's näht und trennt.
Sollfeld in 8 Bildern in 2 Akten v. S. Witten.
Musik von H. Blal.
Der Traum von Vahrenth.
Barod. Traumbild.
Hugo Schulz als Scenarist. Wally Zmoln, Grentrane-Soubrette, Emmy und Ernst Reubentisch als Zukunftstheater.
Paul Bendix, Duzorist.
Anfang der Vorstellungen:
Sonntag 7 1/2, Wochentags 8 Uhr.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Novitäten-Programm.
U. a.: Deta Waldau, u. a.:
bühnliche Köstlich - Soubrette.
Eugen Rosée, der beste Komiker.
Neu! Wer ist der Vater? Neu!
Burdette mit Gesang und Tanz.
Neu! Die zweite Frau. Neu!
Bühnend.
Wochentags 8 Uhr.
Sonntag 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Volks-Theater
Im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Die Reizenburg
Bilder aus dem Berliner Volkleben von E. G. v.
Anfang: Sonntag 6 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. - Entree: Sonntag 40 Pf., Wochentags 20 Pf.

Konzert-Sanssouci
haus
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dir. S. Bierrh.
Kritischer Leiter Jos. Nisinger.
Schürmlicher Erfolg. Nieher Beifall.
Sportmadel.
Neu! Guck auf Vögel. Neu!
Borghäufige neue Spezialitäten.
Anfang des Konzerts:
Wochent. 7 Uhr, Sonntag 5 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochent. 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf., Sonntag 50 Pf.
Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.

Alcazar
Variété-Theater I. Rang.
Dresdenstr. 52/53 (City-Passage)
Kunnenstraße 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Szenenmeister: Kautschke - Aufsicht.
Neu! Komik! Neu!
Der Herzverführer.
Große Ausstattungs-Operette in 1 Akt von Leop. G. Blal von Goldänder.
Scherer:
Tante Hellig. Poffe in 1 Akt
Kautschke sämtl. Kunst-Spezialitäten.
Wochentags 8 Uhr.
Anfang: Sonntag 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Referent: Platz 50 Pf.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gluck.
Erna Koschel. Mr. Brown.
Miss Marie Halton.
Mr. Rapoli. Dagmar Hansen.
Neun Heintzelmannchen.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, den 1. November 1897:
Wiederauftreten
des Gesangshumoristen
Robert Steidl
und vollständig neues Programm.

3. Ziehung d. 4. Klasse 197. Reg. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 25. Oktober 1897, nachmittags.
Kur die Gewinne über 210 Mark sind den unterzeichneten Nummern in Parallele beigelegt.
(Eine Gewähr!).
20 700 15000 25 211 34 342 71 525 689 746 854 1589
842 2818 3000 87 488 508 30 81 680 750 1000 847 900
3078 99 402 700 879 901 4057 108 212 247 409 394 902
5110 99 309 558 5000 653 3000 6082 103 83 88 231
3000 410 511 778 92 811 300 55 7208 339 3000 44 795
834 97 986 92 3000 8107 19 63 248 57 625 27 752 203
9082 93 142 222 417 55 654 66 827 3000 934 45
10171 97 292 431 601 852 55 82 378 11046 649 738
12020 15000 33 62 219 26 48 376 427 605 740 844 974
13204 604 62 12 14 69 15000 783 885 928 14031 565 361
612 786 829 42 72 962 73 15002 19 58 104 50 424 43
557 835 81 922 14023 99 328 307 686 749 857 98 964
17091 219 885 485 46 563 71 790 923 75 3000 18032
34 217 220 810 35 92 3000 922 87 19126 312 47 325 418
65 625 770 979 92
65 20235 304 471 503 21100 808 608 800 95 957 971
22221 30000 99 338 446 586 702 888 912 15000 23020
70 105 845 48 93 517 75 729 525 48 900 44 88 24 444
15000 71 99 875 434 5000 714 961 68 25132 488 529
608 54 86 339 20161 400 567 709 630 963 27292 97
224 556 617 760 306 940 24470 718 92 15000 973 85
20034 72 156 67 250 342 477 80 615 764 15000
30126 20 60 223 328 3000 325 420 39 527 678 817 25
911 31231 439 847 82172 205 87 342 60 533 26 47
73 617 45 404 913 34 15000 58 33299 770 76 34096
124 275 505 7 5000 51 782 821 10 000 74 35004 47
81 114 94 304 428 505 90 94 875 80 294 30118 28 222
312 30000 551 88 634 37 773 587 905 40 37001 362
542 641 711 882 88566 74 613 928 49006 163 216 54
419 3000 624 785 821 93 940
49002 43 144 269 368 30000 780 883 948 41046 77
255 456 913 15000 65 15000 916 42007 37 15000 81 196
32 237 315 476 581 731 56 914 43162 244 437 77 546
697 818 44010 37 62 108 544 546 96 790 313 1000
895 45309 378 674 91 965 87 986 46008 154011 5 407
400 3000 530 97 97 712 842 5000 60 486 72 47010
527 35 67 402 54 511 18 739 42000 164 604 77 716 304
49102 226 64 501 57 404 50 480 147 789 807 8 78
49102 226 64 501 57 404 50 480 147 789 807 8 78
143 714 865 95 903 85 82022 107 82 234 377 431
11603 89 782 844 43018 86 56 119 36 424 544 3000
825 857 89 905 30 99 54165 76 825 408 15000 51
764 74 840 79 50011 60 75 131 403 596 620 845 97
60048 127 303 61 403 605 30000 702 95 843 57005
30000 73 179 277 409 546 49 81 609 78 928 17 58077
44 123 54 389 47 15000 409 49 86 94 638 681 789
59117 27 426 642 30000 65 614 52 63 724 88 15000
943 30000
60020 21 60 15000 417 608 81 83 90 61162
210 76 642 529 3000 62022 300028 333 56 91 428
638 65 608 786 838 63012 195 231 420 609 722 51
639 15000 90 64013 425 52 591 915 40 69429 184
338 422 511 30000 608 847 60495 161 323 622 77 715
71 803 15000 8 25 27 59 951 67070 75 79 3000 126 37
98 248 897 571 72 759 85 882 68001 30000 148 922
294 411 82 92 97 535 54 717 814 976 60164 246 82 311
81 423 646 61 896 916 91
79049 31 117 304 15000 430 800 30 725 36 64 970
15000 71516 708 25 51 3000 869 72045 61 139 67
748 988 73036 94 301 467 625 93 95 880 923 74029
25 145 15000 293 395 97 600 48 729 820 73021 3000
73 272 90 896 428 675 81 800 14 3000 44 972 76115
544 401 11 20 765 70 865 96 77023 33 311 737 95 809
30000 913 15000 78054 65 128 289 60 340 450 850 90
780 852 79007 450 557 754 866 71 30000 58 906 40 72
84070 3000 327 418 93 81089 77 5000 78 262 74
476 530 52 93 616 726 92 951 82014 15000 417 522 71
15000 994 83028 56 5000 319 487 40 30000 327 688
918 84126 28 99 428 682 862 600 52005 180 872
826115 71 426 800 850 87025 32 104 331 740 88207
230 448 53 705 90 839 933 46 61 82078 310 504 884 98
90643 55 1700 15000 405 546 99 769 929 809 91072
100 348 53 3000 499 573 688 803 937 49 92045 110322
600 649 94002 108 15000 31 47 217 365 44 30000 647
538 94056 86 169 237 99 435 15000 325 805 37 778 808
95101 15 36 270 90 815 15000 19 66 74 98 15000 428 82
73 272 90 896 428 675 81 800 14 3000 44 972 76115
344 401 11 20 765 70 865 96 77023 33 311 737 95 809
30000 913 15000 78054 65 128 289 60 340 450 850 90
780 852 79007 450 557 754 866 71 30000 58 906 40 72
84070 3000 327 418 93 81089 77 5000 78 262 74
476 530 52 93 616 726 92 951 82014 15000 417 522 71
15000 994 83028 56 5000 319 487 40 30000 327 688
918 84126 28 99 428 682 862 600 52005 180 872
826115 71 426 800 850 87025 32 104 331 740 88207
230 448 53 705 90 839 933 46 61 82078 310 504 884 98
90643 55 1700 15000 405 546 99 769 929 809 91072
100 348 53 3000 499 573 688 803 937 49 92045 110322
600 649 94002 108 15000 31 47 217 365 44 30000 647
538 94056 86 169 237 99 435 15000 325 805 37 778 808
95101 15 36 270 90 815 15000 19 66 74 98 15000 428 82
73 272 90 896 428 675 81 800 14 3000 44 972 76115
344 401 11 20 765 70 865 96 77023 33 311 737 95 809
30000 913 15000 78054 65 128 289 60 340 450 850 90
780 852 79007 450 557 754 866 71 30000 58 906 40 72
84070 3000 327 418 93 81089 77 5000 78 262 74
476 530 52 93 616 726 92 951 82014 15000 417 522 71
15000 994 83028 56 5000 319 487 40 30000 327 688
918 84126 28 99 428 682 862 600 52005 180 872
826115 71 426 800 850 87025 32 104 331 740 88207
230 448 53 705 90 839 933 46 61 82078 310 504 884 98
90643 55 1700 15000 405 546 99 769 929 809 91072
100 348 53 3000 499 573 688 803 937 49 92045 110322
600 649 94002 108 15000 31 47 217 365 44 30000 647
538 94056 86 169 237 99 435 15000 325 805 37 778 808
95101 15 36 270 90 815 15000 19 66 74 98 15000 428 82
73 272 90 896 428 675 81 800 14 3000 44 972 76115
344 401 11 20 765 70 865 96 77023 33 311 737 95 809
30000 913 15000 78054 65 128 289 60 340 450 850 90
780 852 79007 450 557 754 866 71 30000 58 906 40 72
84070 3000 327 418 93 81089 77 5000 78 262 74
476 530 52 93 616 726 92 951 82014 15000 417 522 71
15000 994 83028 56 5000 319 487 40 30000 327 688
918 84126 28 99 428 682 862 600 52005 180 872
826115 71 426 800 850 87025 32 104 331 740 88207
230 448 53 705 90 839 933 46 61 82078 310 504 884 98
90643 55 1700 15000 405 546 99 769 929 809 91072
100 348 53 3000 499 573 688 803 937 49 92045 110322
600 649 94002 108 15000 31 47 217 365 44 30000 647
538 94056 86 169 237 99 435 15000 325 805 37 778 808
95101 15 36 270 90 815 15000 19 66 74 98 15000 428 82
73 272 90 896 428 675 81 800 14 3000 44 972 76115
344 401 11 20 765 70 865 96 77023 33 311 737 95 809
30000 913 15000 78054 65 128 289 60 340 450 850 90
780 852 79007 450 557 754 866 71 30000 58 906 40 72
84070 3000 327 418 93 81089 77 5000 78 262 74
476 530 52 93 616 726 92 951 82014 15000 417 522 71
15000 994 83028 56 5000 319 487 40 30000 327 688
918 84126 28 99 428 682 862 600 52005 180 872
826115 71 426 800 850 87025 32 104 331 740 88207
230 448 53 705 90 839 933 46 61 82078 310 504 884 98
90643 55 1700 15000 405 546 99 769 929 809 91072
100 348 53 3000 499 573 688 803 937 49 92045 110322
600 649 94002 108 15000 31 47 217 365 44 30000 647
538 94056 86 169 237 99 435 15000 325 805 37 778 808
95101 15 36 270 90 815 15000 19 66 74 98 15000 428 82
73 272 90 896 428 675 81 800 14 3000 44 972 76115
344 401 11 20 765 70 865 96 77023 33 311 737 95 809
30000 913 15000 78054 65 128 289 60 340 450 850 90
780 852 79007 450 557 754 866 71 30000 58 906 40 72
84070 3000 327 418 93 81089 77 5000 78 262 74
476 530 52 93 616 726 92 951 82014 15000 417 522 71
15000 994 83028 56 5000 319 487 40 30000 327 688
918 84126 28 99 428 682 862 600 52005 180 872
826115 71 426 800 850 87025 32 104 331 740 88207
230 448 53 705 90 839 933 46 61 82078 310 504 884 98
90643 55 1700 15000 405 546 99 769 929 809 91072
100 348 53 3000 499 573 688 803 937 49 92045 110322
600 649 94002 108 15000 31 47 217 365 44 30000 647
538 94056 86 169 237 99 435 15000 325 805 37 778 808
95101 15 36 270 90 815 15000 19 66 74 98 15000 428 82
73 272 90 896 428 675 81 800 14 3000 44 972 76115
344 401 11 20 765 70 865 96 77023 33 311 737 95 809
30000 913 15000 78054 65 128 289 60 340 450 850 90
780 852 79007 450 557 754 866 71 30000 58 906 40 72
84070 3000 327 418 93 81089 77 5000 78 262 74
476 530 52 93 616 726 92 951 82014 15000 417 522